H 8040 F
Nummer 48
Sept./Okt. 97
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



In diesem Heft

Nazi-Plattenvertriebe:

Musik für Brandstifter

Ausgefallen:

Hess-Marsch '97

Inhalt

Impressum

Postanschrift: DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Hausanschrift: Rolandstr. 16
30161 Hannover. Tel.: 0511 / 3360209
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Einige Niederlagen für die Neofaschisten prägten die letzten beiden Monate vor Erscheinen der vorliegenden Ausgabe von DER RECHTE RAND. Massive Hausdurchsuchungen haben in der rechten Skinheadszene für Unruhe gesorgt und neofaschistische Vertriebsstrukturen an das Licht der Öffentlichkeit gezogen. Zigtausende CD's mit Mordaufrufen u.ä. wurden beschlagnahmt, Preßmöglichkeiten für Nazi-CD's in Tschechien eingeschränkt. Zumindest kurzfristig wurde damit der Nachschub an „Haterock“-Produkten etwas verlangsamt. Gezeigt hat sich dabei zweierlei: Erstens, daß es einen offensichtlich lukrativen und gut florierenden Markt für neonazistische Musikprodukte gibt. Längere Zeit war es möglich, unter den Augen der Öffentlichkeit und der Staatsmacht ungeniert zu Gewalttaten aufzurufen und der Naziskinheadszene den kulturellen Hintergrund für Übergriffe auf AusländerInnen und Andersdenkende zu liefern. Zweitens wurde aber auch deutlich, daß ein effektiver Zugriff auf Hintergrundstrukturen machbar ist, wenn denn der Wille dafür existiert. Und angesichts der ganz offensichtlich wieder zunehmenden Aktivitäten und der damit verbundenen öffentlichen (auch internationalen) Aufmerksamkeit war dieser Wille wohl vorhanden.

Auch die Unterbindung des diesjährigen Hess-Marsches ist wohl auf diesen Umstand zurückzuführen. Trotz intensivster konspirativer Vorbereitung und massivem Einsatz technischer Hilfsmittel (Thule-Netz, NIT's und Mobiltelefonen) gelang es den Faschisten nicht, einen öffentlichkeitswirksamen Aufmarsch durchzuführen.

AntifaschistInnen können sich aber auch über einen anderen Erfolg freuen. Gelang es doch die Aktionärsversammlung der IG Farben i.A. zu verhindern. Dank der intensiven Öffentlichkeitsarbeit eines breiten Bündnisses kündigte das Tagungshotel den IG-Farben-Nachfolgern kurzfristig den Saal. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren wohl die Boykottdrohungen verschiedener Firmen und Gewerkschaften, die das Hotel in der Vergangenheit häufig als Tagungsort genutzt hatten. Nun sucht die IG-Farben i.A. „ein leerstehendes und gut zu schützendes Gewerbeobjekt in Frankfurt oder einem anderen Börsenplatz“. Der Einschätzung des Auschwitz-Komitees, daß der IG-Farben i.A. erst dann ein Raum zur Verfügung stehen darf, wenn dieses Gesellschaft endlich aufgelöst ist und das restliche Vermögen zur Entschädigung der überlebenden Opfer und deren Angehörigen verwendet wird ist nichts hinzuzufügen.

Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND erscheint Anfang November. Redaktionsschluß ist am 10. Oktober 1997.

***Solidarische Geburtstagsgrüße** übermitteln wir an dieser Stelle an das Antifa-Infoblatt in Berlin, das seit zehn Jahren fundiert über die neofaschistische Szene in der Bundesrepublik berichtet.*

Fehlerberichtigungen:

In die letzte Ausgabe (Nr.47) von DER RECHTE RAND haben sich zwei Fehler eingeschlichen:

Auf Seite 4 heißt es, daß **Martin Schmidt** zum Zeitpunkt der Tagung „Der Deutsche Osten - Perspektiven im neuen Jahrtausend“ der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ gewesen sei. Schmidt war vielmehr stellvertretender Chefredakteur der „Jungen Freiheit“.

Auf Seite 12 heißt es, daß der „Noie-Werte“-Sänger“ **Michael Hammer** an einer Sonnenwendfeier dér „Heimattreuen Vereinigung Elsaß“ teilgenommen habe. Michael Hammer ist allerdings nicht der Sänger der „Noie-Werte“-Skinband. Der heißt nämlich **Steffen Hammer**.

DER RECHTE RAND Register

Von den Ausgaben DER RECHTE RAND Nr. 1 bis Nr. 43 ist ein Register erstellt worden. Es ist als Papierausdruck oder als MS-Word-Datei auf Diskette für 10,- DM über die Redaktionsadresse erhältlich.

DER RECHTE RAND • Postfach 1324 • 30013 Hannover

Das Register umfaßt alle in diesen Ausgaben genannten Personen, Organisationen, Gruppen, Zeitschriften und Verlage. Weiterhin sind über diese Adresse auch alte Ausgaben unserer Zeitschrift erhältlich. **Die Ausgaben Nr. 1, 6, 7, 15, 20, 25, 27, 28, 38, 44 und 46 allerdings nur als Fotokopie zum Einzelpreis von 4,- DM.** Ebenfalls nur noch als Fotokopie nachzubestellen ist unser Sonderheft Nr. 1 zum Thema „Anti-Antifa“ (48 Seiten) zum Einzelpreis von 8,- DM. Die als Druckschrift vorliegenden Ausgaben

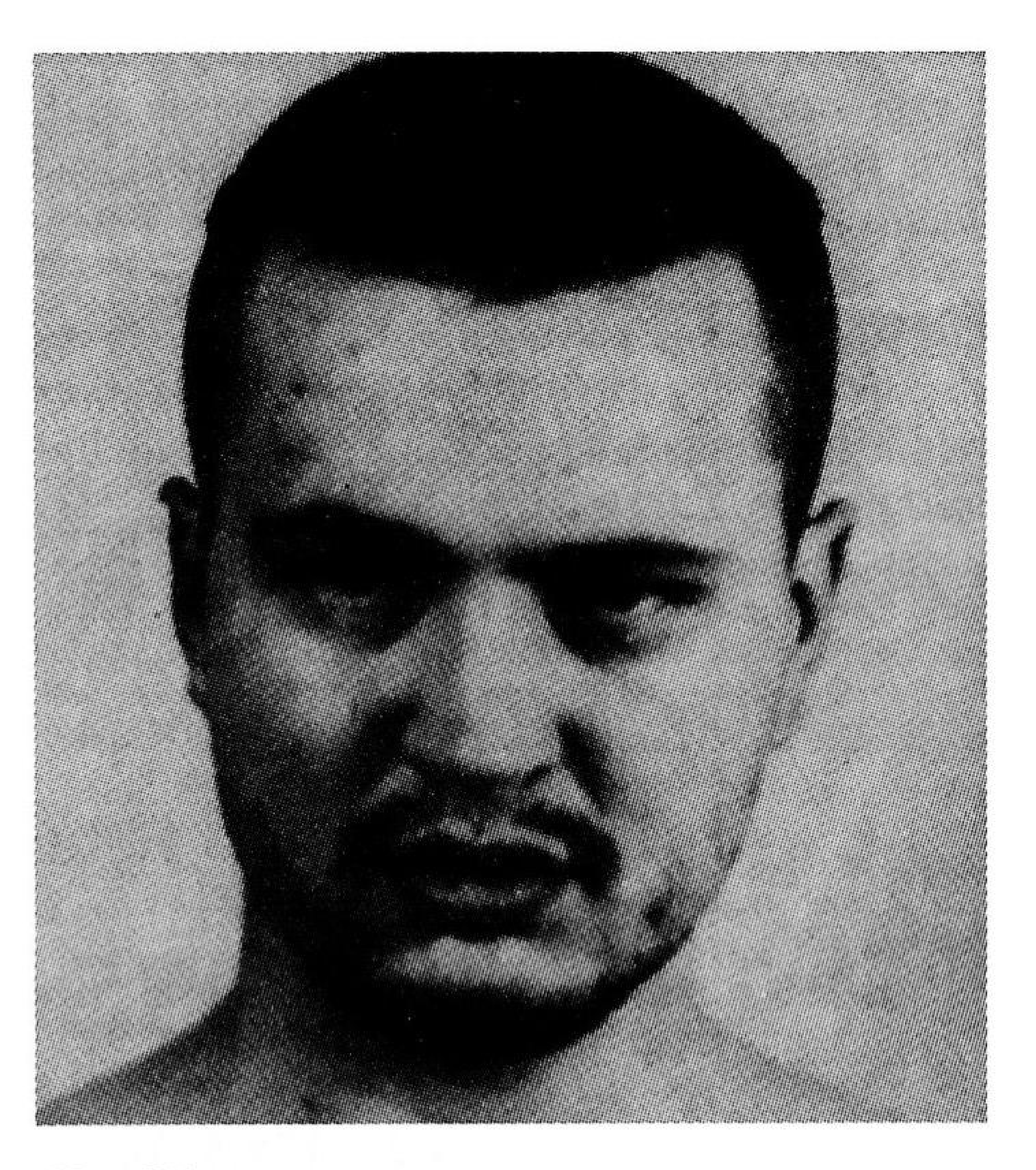
Nr. 2 - 16 (Mai 1989 - März/April 1992) - Einzelpreis: 2,- DM
Nr. 17 - 31 (Mai/Juni 1992 - Okt./Nov. 1994) - Einzelpreis: 2,50 DM
ab Nr. 32 (Dezember 1994/Januar 1995) - Einzelpreis: 3,- DM
sind nach wie vor erhältlich.

Wolf-Dieter Vogel

„Ich bin ein Einzelkämpfer"

Über den Prozeßauftakt gegen Kay Diesner

„Wenn ich ihn töten wollte, hätte ich ihn mit dem Messer bearbeitet." Kay Diesner gibt sich wenig Mühe, den Geläuterten zu spielen. Schließlich habe er beschlossen, den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat anzuschießen, weil die PDS Antifaschisten unterstütze, die wenige Tage vorher Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) auf dem Weg zu einer Demonstration in Berlin zusammengeschlagen hätten. Dem Polizeibeamten Stefan Grage, der vier Tage nach dem Angriff auf Baltruschat im Februar diesen Jahres den Kugeln aus Diesners Pumpgun zum Opfer fiel, trauert der Berliner Neonazi allerdings keine Träne nach: „Es tut mir nicht leid, daß ich mich gewehrt habe. Es stand fünfzig zu fünfzig".



Kay Diesner

Seit dem 8. August 1997 steht der „germanisch-heidnische Kämpfer", wie **Kay Diesner** sich selbst bezeichnet, in Lübeck vor Gericht. Der Vorwurf: Mord an dem Polizisten Grage und vierfacher versuchter Mord an Polizeibeamten sowie an Klaus Baltruschat. Diesner ist geständig, ihn erwartet eine lebenslange Freiheitsstrafe. Dennoch wirkt der Beschuldigte eher gelangweilt, während Staatsanwalt Günter Möller im Saal 163 des Landgerichtes die Anklageschrift verließt. Teilnahmslos starrt er auf den grauen Fußboden und preßt die Lippen gelangweilt nach vorne. Der „Folterknecht", sagt Diesner später und meint den Strafverfolger, habe ohnehin nur eine „Lügenanklageschrift" gebastelt.

Auch als Klaus Baltruschat am zweiten Prozeßtag berichtet, wie Diesner an jenem 19. Februar im Gebäude der PDS-Marzahn den Buchhändler mit drei Schüssen schwer verletzte, wie sein linker Unterarm zerfetzt wurde und er dann auf die Straße gestolpert und dort zusammengebrochen sei, bleibt der Angeklagte gelassen und gähnt gelangweilt vor sich hin. Für ihn verkörperte Baltruschat am jenem Morgen alles „Böse". Und die PDS, in deren Marzahner Wahlkampfbüro Baltruschat den Laden betreibt, ist für den 25jährigen Diesner einfach „extrem deutschfeindlich". Wie jede andere Partei, die den Eid auf das Grundgesetz geschworen hat, verachtet er auch Gysis Truppe. „Das sind alles keine Deutschen, sondern BRD'ler." Außerdem halte die PDS „die Leute von der wahren Alternative ab".

Von dieser „wahren Alternative" des Kampfes zeichnet der Neonazi aus dem Umfeld des heidnisch-esoterischen Rechtsextremisten **Arnulf-Wilfried Priem** ein diffuses Bild. Er kämpfe gegen den „rassistischen, faschistischen und imperialistischen Staat BRD", seine Vorbilder seien die RAF und die IRA, erklärt er vor dem Lübecker Schwurgericht. Er kritisiert den „Holocaust", den dieser Staat am deutschen Volk betreibe und meint Castor-Transporte, Gentechnik, Müll, vor allem aber, daß „die kulturelle Identität der weißen Rasse ausgelöscht wird". Und er haßt Bosnier, Türken und „sogenannte Rußlanddeutsche", weil die Marzahn verdrecken."

Diesner scheint ruhig und unaufgeregt, während er diese Sätze sagt. Dennoch wirken sie teils naiv, teils auswendiggelernt. Dennoch passen sie in ihrer Widersprüchlichkeit zusammen, gibt sich der Neonazi doch ebenso als Blut- und Boden-Nationalist wie auch als Kämpfer gegen alles Ungerechte, das ihm angetan wurde. So habe er sich auch vor der Schießerei auf dem Autobahn-Parkplatz in Schleswig-Holstein zunächst gewünscht, „die Bullen mit ihren eigenen Handschellen zu fesseln". Schließlich hätten die ihn schon so oft wie Dreck behandelt.

Und der „Weiße Arische Widerstand", für den er nach eigenen Angaben in den Kampf gezogen sein will? Das sei nur ein Name, keine Organisation, erläutert Diesner. Der 25jährige macht auf Einzelkämpfer. Andere rechtsextreme Organisationen nimmt er nicht so richtig ernst. Er spricht von den „Jungen Nationaldemokröten" und den „bürgerlichen Deutschen" von der NPD. Bei der mittlerweile verbotenen „Nationalen Alternative" (NA), „den Nationalen Arschlöcher", sei er nur gewesen, als er „noch doof und nicht ausgereift war". Auffällig häufig betont Diesner, daß er von Waffen keine Ahnung habe, korrigiert aber akurat, wenn von seiner Waffe die Rede ist: „Nicht Pumpgun, sondern Halbautomat." Und er weiß sofort, mit welchem Gewehr die Polizeibeamten sich gegen ihn zu verteidigen versucht haben.

Schon 1990 genoß der gebürtige Ostberliner in der NA eine zweijährige intensive ideologische und militärische Schulung beim ehemaligen „Führer" des Ostens, **Ingo Hasselbach**. Nach Angaben des Nazi-Aussteiger Hasselbach war Diesner fest organisiert. Alles Lügen vom „Hasenkot", reagiert der Angeklagte. Er sei ein unabhängiger Kämpfer. So unabhängig, daß er sich gar auf der „Revolutionären 1.Mai-Demonstration 1994" in Kreuzberg aufgehalten habe. Schließlich teile er „gewisse Denkanstöße mit diesen Leuten."

Wahrscheinlich war Diesner damals im Rahmen von Anti-Antifa-Aktivitäten unterwegs. Dennoch ist seine Bezugnahme auf RAF und andere radikale Linke nicht zufällig. Die ideologischen Versatzstücke, die Diesner manchmal kindlich trotzig, manchmal eintönig herunterleiernd vor Gericht zum Ausdruck bringt, sind mit dem Weltbild einiger Linker durchaus kompatibel.

So erinnert das dumpfe Verständnis Diesners von Umweltzerstörung an jene Fraktionen aus der Ökologie-Bewegung, die den Begriff der Natureingebundenheit affirmieren, technologische Innovationen per se als bekämpfenswerten Eingriff betrachten und folglich esoterisch-reaktionären anstelle von materialistisch-dialektischen Ansätzen das Wort reden. Oder, wie Diesner vereinfacht formuliert: „Die Götter zeigen sich in der Natur."

Vor allem aber sein Kampf „gegen Profitgier und Geld", die nach dem Verständnis Diesners die Geschicke der Menschheit bestimmen, dürfte der Neonazi mit zahlreichen Linken in dieser Form teilen. Schließlich ist auch hier noch immer ein dumpfer Antikapitalismus salonfähig, der nicht die Gesetze einer warenproduzierenden Gesellschaft, sondern den konkreten Kapitalisten für alles Schlechte zur Verantwortung ziehen will - ein Verständnis, das unumwunden antisemitischen Stereotypen Vorschub leistet. Nicht zufällig setzt man gerade in organisierten militanten rechtsradikalen Kreisen immer wieder auf die gemeinsame Gegnerschaft zum kapitalistischen Staat.

Diesner bringt alle diese Ansätze nur fragmetarisch zum Ausdruck und besteht darauf: „Ich bin ein Einzelkämpfer." Doch bei der PDS will man dieser Aussage keinen Glauben schenken. „Wir müssen davon ausgehen, daß Diesner im Rahmen des Konzeptes des führerlosen Widerstandes agiert hat," sagt Parteisprecher Udo Wolf. Nach dieser Strategie, die der US-amerikanische „Ku-Klux-Klan"-Anführer und Angehörige der „Arischen Nation" **Louis Beam** 1992 zum weltweiten Export in die militante Neonaziszene gegeben hat, „operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und fragen nie bei einem zentralen Hauptquartier" nach Anweisungen. Beam spricht von „Ein-Personen-Zellen." Eine modifizierte Variante dieses Entwurfs wurde in Anlehnung an das von NSDAP-Propagandaminister Josef Goebbels entworfene „Werwolf-Konzept" im deutschen Neonaziuntergrund der neunziger Jahre diskutiert. Einen solchen Zusammenhang räumt auch Bernd Wagner, ehemaliger Leiter der Abteilung Staatsschutz der fünf neuen Länder, ein: „Kay Diesner ist der Prototyp eines Werwolfs".

Ob der Neonazi tatsächlich auf einen organisierten Hintergrund bauen kann, wird wohl auch der Prozeß nicht aufklären. Wolf wirft vor allem den Berliner Strafverfolgern vor, sie hätten „nicht zielgerichtet im rechtsterroristischen Millieu" ermittelt. Schließlich lebten mehrere führende Neonazis in unmittelbarer Nähe von Diesners damaligem Wohnort, die nicht vernommen worden seien. Auch könnte nach der Einschätzung von Ulrich Dost, dem Rechtsan-

walt Baltuschats, der Polizeibeamte Stefan Grage noch am Leben sein: Wäre gleich nach dem Anschlag auf den PDS-Buchhändler „eine Täterversion aus dem rechtsextremen Täterkreis erstellt worden und auf dieser Grundlage ein Wohnortabgleich erfolgt, wären mindestens drei der rechtsextremistischen Szene zuzuordnende Personen festgestellt worden, die im unmittelbaren Tatortbereich gemeldet sind, darunter auch der Angeklagte."

Und Parteisprecher Wolf fügt an: Der Neonazi-Terror würde verharmlost, wenn Diesner als „geistig minderbemittelt" dargestellt werde. Der PDS lägen Informationen vor, nach denen er intern als „fähiger Soldat" eingeschätzt worden sei. Auch der Beschuldigte selbst will das Bild des „verwirrten Rechtsradikalen", wie er es bei ersten Vernehmungen abgegeben hat, nicht weiter aufrechterhalten. Bei seinen Aussagen, nach denen ihm Götter ins Ohr geflüstert hätten, „tu es", hätte er gelogen. „Wegen der Repression, der Schläge und Tritte, habe ich auf 'bescheuert' gemacht. Ich hörte keine Stimmen von Göttern, die mir befehlten", sagt er vor Gericht. Und als ihn der Staatsanwalt mit weiteren Angaben von ersten Vernehmungen konfrontiert, nach denen Diesner überlegt habe, in eine Therapie zu gehen, konnte der Neonazi ein breites Grinsen nicht verbergen.

Peter Gröger

Rudolf-Hess-Marsch 1997 ausgefallen ...

... dafür aber viele kleine Aktionen der Neonazis trotz antifaschistischer Gegenwehr und Großeinsatz von Polizei und BGS

Die deutschen Neonazis schafften es in diesem Jahr nicht, anläßlich des zehnten Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess eine zentrale Aktion durchzuführen. Ein Polizeieinsatz gewaltigen Ausmaßes - vielleicht nur vergleichbar mit Einsätzen gegen die Anti-AKW-Bewegung - verhinderte jedes größere Zusammentreffen der Neonazis, die sich aber dennoch zu hunderten auf bundesdeutschen Autobahnen bewegten. Rund 500 von ihnen wurden von der Polizei festgenommen.

Vollmundig kündigte das diesjährige „Aktionskomitee Rudolf Hess" sogar „Aktionswochen" anläßlich des 10. Todestages von Hess an. So wurden bundesweit seit Anfang August größere Mengen von Flugblättern verteilt und Plakate geklebt. Im „Rundschreiben Nr. 3" dieses Vorbereitungskreises, das am Mittwoch dem 13. August von der „Germania BBS" in Bonn in das Thule-Netz eingespeist wurde, wurde dann direkt auf das entscheidende Wochenende 16./17. August eingegangen: „(...) Nehmt Euch eine Deutschlandkarte und zieht einen Strich von Lübeck nach München sowie einen Strich von Koblenz nach Hof. Jetzt habt Ihr 4 Kästchen und diese werden der Reihe nach nummeriert: Kästchen 1: Nordwesten, Kästchen 2: Nordosten, Kästchen 3: Südwesten, Kästchen 4: Südosten. Das Kästchen 2 (Nordosten) könnt Ihr schon einmal streichen. In diesem Bereich findet der Marsch an diesem Wochenende nicht statt. (...)". Um eine zentrale Aktion durchführen zu können, mußte natürlich auf Disziplin und den Besitz von Mobiltelefonen Wert gelegt werden: „Ladegeräte, volle Akkus und entsprechendes Zubehör sind mitzuführen und müssen auf Funktionstüchtigkeit hin überprüft werden. (...) Generell werden am Einsatztag keine langen Sitzungen am Telefon gehalten! Hier tritt der Befehl und Ausführung bedingungslos in Kraft!". Koordiniert wurde die Aktion über das Nationale Infotelefon (NIT) Rheinland, bei Engpässen standen die NIT's Sauerland und Mitteldeutschland bereit.

Am Freitagabend hieß es dann, daß die „Kameraden" sich am Samstagmorgen in einem Radius von 150 km rund um Kassel zu versammeln hätten. Nach einigem hin und her wurde dann am Vormittag als Aufmarschgebiet der Großraum Braunschweig/Salzgitter/Hannover genannt. Da war es allerdings für viele Neonazis schon zu spät - die deutsche Polizei griff dieses Mal entschieden gegen sie durch. An die 200 sollen schon am frühen Morgen „in Gewahrsam" genommen worden sein. Auch der, neben **Klaus Beier**, **Steffen Hupka**, **Kai Dalek**, **André Zimmermann** und **Thomas Dienel**, als einer der Drahtzieher im „Aktionskomitee Rudolf Hess" geltende **Thomas Kubiak** von der „Sauerländer Aktionsfront" (SAF), wurde bei Göttingen von der Polizei festgesetzt.

Der erste Versuch, eine zentrale Aktion durchzuführen, scheiterte dann am Braunschweiger Hauptbahnhof. Dort sprach die Polizei angeblich 150 Platzverweise aus. Diese und die folgenden Zahlen stammen aus der Abschlußerklärung des „Aktionskomitee Rudolf Hess 97" und sind nur unter Vorbehalt zu sehen. In Wolfenbüttel, ca. 10 km südlich von Braunschweig, sahen sich die Nazis wieder mit starken Polizeikäften konfrontiert, die dem Autokorso mit Hubschraubern folgten. Dort soll neben erneut 150 Platzverweisen 60 Personen die Auflage erteilt worden sein, Wolfenbüttel zu verlassen. Der größte Teil dieser Nazis fuhr daraufhin ins etwa 30 km nordöstlich liegende Königslutter, um es dort endgültig zu probieren. Sogar ihre Aufstellung schafften sie noch - dann hatte anscheinend die Einsatzleitung der Polizei das Katz-und-Maus-Spiel satt und und nahm etwa 80 Neonazis fest. Diese mußten teilweise bis zum Montagmorgen in Haft bleiben.



Wo bitteschön gehts hier zum Hess-Marsch? Erster von rechts: Christian Hehl.

Aber nicht nur die Polizei war den Neonazis hart auf den Fersen. Vor allem aus dem Bereich der autonomen Antifagruppen waren einige dutzend PKW's unterwegs, um sich einem Aufmarsch - wo auch immer - entgegenzustellen. In Halle a.d. Saale wurde ein versuchter Aufmarsch von etwa 40 Nazis von AntifaschistInnen aufgehalten, wobei die Polizei allerdings im Nachhinein mehrere AntifaschistInnen festnahm. Desweiteren gab es in Goslar, Bergisch-Gladbach und München antifaschistische Demonstrationen, die einen Aufmarsch in diesen Städten verhindern sollten.

Die Verhinderung eines zentralen Hess-Marsches durch die Einsatzkräfte von Polizei und

BGS sollte aber nicht über die Mobilisierungsfähigkeit der organisierten Neonazis hinwegtäuschen. Wenn es rund 500 Festnahmen am 16. August gab, kann man sich ausrechnen wie viele Neonazis tatsächlich unterwegs waren und sich den Anweisungen eines „Komitees" im Hintergrund fügten. Das „Aktionskomitee" selbst spricht von 600.

Dementsprechend gelang es kleineren Gruppen von 25 bis 50 Personen im Rahmen einer dezentralen Konzeption in verschiedenen Ortschaften aufzumarschieren. Die kurioseste Aktion dieser Art fand dann auf der Nordseeinsel Helgoland statt: Rund 40 Nazis aus dem Raum Bremen/Hannover hatten sich via Bremerhaven nach Helgoland eingeschifft, wo sie allerdings dann auch schon von per Hubschraubern nachsetzendem BGS erwartet wurden. Trotzdem gelang es ihnen im Touristenstrom eine kurze Kundgebung abzuhalten. Rednerin dort war **Tanja Bayen** von den „Jungen Nationaldemokraten" aus dem Landkreis Hannover. Weitere Aktivitäten dieser Dimension gab es am 16.8. in Saarlouis, Rinteln, Schöppenstedt.

Im dänischen Köge bei Roskilde demonstrierten am 16. August über 100 Nazis, vorwiegend aus Skandinavien, aber auch aus anderen europäischen Ländern. Antifaschistische GegendemonstrantInnen wurden weitgehend von der dänischen Polizei aufgehalten, wobei es auch zu Auseinandersetzungen kam.

Und auch in der Woche nach dem 16.8. kam es immer wieder zu kleineren Aktionen, z.B. einer Mahnwache vor dem britischen Konsulat in Hamburg oder zu Kranzniederlegungen „mit schwarz-weiß-roten Schleifen", deren Höhepunkt ein Konzert von **Frank Rennicke** mit abschließendem Fackelmarsch in Ludwigslust gewesen ist.

Im großen und ganzen eigentlich nichts besonderes - schon gar nicht, wenn man die Symbolträchtigkeit eines 10. Todestages berücksichtigt. Die Aktivitäten im einzelnen hielten sich im Rahmen dessen, was nahezu jedes Wochenende irgendwo in der BRD passiert. Und das ist schlimm genug, denn es vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht irgendwo eine kleine Demonstration mit um die hundert TeilnehmerInnen oder sogar ein Konzert einer Naziskin-Band mit hunderten von BesucherInnen stattfindet.

Mit dabei in Königslutter: Ex-Anti-Antifa-Aktivistin Silke Wunderlich und der Berliner Martin Richter (ex Wiking-Jugend)

Zumindest dieses Mal zeigten die Innenministerien der Länder, zu was sie in der Lage sind, um neonazistische Aufmärsche im Keim zu verhindern. Das Repertoire ist Linken allerdings wohlbekannt. Daß dieses Instrumentarium endlich einmal gegen Rechts eingesetzt wurde, ist eine schöne Sache, sollte aber nicht den Blick für den Alltag verwischen. Da schützt die Polizei die Faschisten und Verbote werden nur dann ausgesprochen, wenn die „allgemeine Sicherheit und Ordnung" durch zeitgleiche antifaschistische Aktivitäten „gefährdet" wird. Auch die Meldeauflagen, die in Baden-Württemberg gegen etwa 100 Nazis ausgesprochen wurden müssen bedenklich stimmen. Diese Nazis hatten sich zweimal täglich bei der Polizei zu melden - Zuwiderhandlungen wurden mit hohen Geldstrafen bedroht. In dieser Dimension ist so ein Verfahren noch nicht einmal gegen Linke eingesetzt worden, aber es zeigt, wie weit die Ordnungsbehörden gehen können, um unliebsame Aktivitäten zu behindern.

Wehrmachtsverehrer I

Auch in Marburg und Umgebung machen Gegner der Wehrmachtsausstellung mobil. Jüngst gründete sich der „Arbeitskreis Anti-Wehrmachtsausstellung". Dieser arbeitet eng mit der „Fördergemeinschaft für Soldatenverbände Marburg-Biedenkopf" zusammen. Diese will mittels Zeitungsanzeigen, Flugblättern und einer Veranstaltung gegen die Ausstellung vorgehen. Am 14.09.97 soll eine Demonstration in Marburg stattfinden. Leiter des Arbeitskreises ist der Oberstleutnant a.D. **Alfred Zips** aus Neu-Isenburg. Zips ist Präsident der „Johanniter Unfallhilfe Hessen" und fiel in der Vergangenheit als Unterstützer des „Bündnis Konstrukiver Kräfte" (BKKD) auf. Das BKKD tat sich schon während die Wehrmachtsausstellung in Frankfurt weilte hervor, wo es in vorderster Front gegen die Ausstellung hetzte und Mitorganisator der Proteste war.

Wehrmachtsverehrer II

Der Neonazi **Jürgen Schützinger** (44), Stadt- und Kreisrat der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) in Villingen-Schwenningen kündigte in einem Schreiben an den Konstanzer OB Frank (GRÜNE) Aktivitäten gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" an. Die Ausstellung wird ab dem 25. Oktober für mehrere Wochen in Koblenz zu sehen sein. Schützinger, Bundessprecher und baden-württembergischer Landesvorsitzender der DLVH, hatte bereits in der Vergangenheit gegen die Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung agitiert und Strafanzeige gegen die Ausstellung gestellt.

Nazi-Ausflug

Am 19. Juli reiste die „Karlsruher Kameradschaft" mit 45 Personen, so ein Bericht der „Süddeutschen Zeitung", zum Obersalzberg an. Unter den von der Polizei kontrollierten und aufgehaltenen Neonazis befanden sich 28 Personen, die der Polizei als Mitglieder der Neonazi-Szene bekannt sind. Prominentester unter ihnen war der ehemalige Bundesvorsitzende der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), **Friedhelm Busse** (68). Im Omnibus wurde auch Propagandamaterial beschlagnahmt. Darunter auch 500 Stück des vom „Nationalen Widerstand" in Karlsruhe vertriebenen farbigen Aufklebers anläßlich des zehnten Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. Die Polizei hinderte die „Karlsruher Kameradschaft" an der Weiterreise zum Obersalzberg. Statt dessen fuhren die Neonazis nach Putzbrunn (Landkreis München), um sich dort mit weiteren Neonazis zu einer Veranstaltung zu treffen.

Nazi-Feier bei JU

Vor Gericht muß sich derzeit der „Junge Union" (JU) Kreisvorsitzende von Regensburg verantworten. Gegen **Thomas Fürst** werden schwere Vorwürfe erhoben. Als Zeugen treten sogar zwei Mitglieder der JU auf. Nach deren Angaben wurde bei einer feuchtfröhlichen Feier diverses Nazi-Liedgut angestimmt. Es wurde das „Horst-Wessel-Lied" gesungen sowie auch „Bomben auf Engeland". Außerdem versuchte Fürst eine Hakenkreuzfahne aufzuhängen. Das ihm dies nicht gelang, lag nicht an den anderen Anwesenden, sondern der Alkohol forderte Tribut, Fürst fiel hin. Bei der Feier, die in den Räumen der JU stattfand, wurden auch Porno-Filme gezeigt. Die Zeugen der Gegenseite können sich an all dies nicht mehr erinnern, lediglich einer hat die Vorführung des Porno-Films noch in Erinnerung. Das Urteil steht noch aus.

einer „Freien Kameradschaft Oldenburg" beteiligt und war im Mai 1993 in Oldenburg und in Aurich anwesend. Wobbe bestätigte, was bereits in den Tagen nach dem Angriff vermutet wurde. Der Angriff auf das „Juz" in Aurich war keine spontane Aktion, sondern eine von Kadern geplante Aktion. Er bestätigte weiter, daß er seinen Kontaktmann beim Niedersächsischen Verfassungsschutz (VS), „Uwe Helmbrecht", bereits 14 Tage vorher von dem geplanten Überfall in Kenntnis gesetzt habe.

Gegenüber der Tageszeitung „Junge Welt"(vom 7. Mai 97) erklärte der Dezernatsleiter des Amtes, Schomburg, die Informationen Wobbes seien zwei Wochen vor dem Überfall an die zuständige Polizeidienststelle weitergeleitet worden. Näher sei der Fall nicht rekonstruierbar, weil die Akten derzeit nicht zur Verfügung stünden.

Vor diesem Hintergrund demonstrierten am 10. Mai 97 in Aurich ca. 400 AntifaschistInnen unter dem Motto: „Die faschistischen Strukturen und deren Drahtzieher aus VS und Polizei angreifen - Den Antifa-Widerstand organisieren!" Zu der Demo hatten die „Jugend Antifa Aurich" und die „Autonome Antifa Weser-Ems" aufgerufen.

Die Geschehnisse um den 8. Mai 93 haben mittlerweile auch ein parlamentarisches Nachspiel. So haben Bündnis 90/Die Grünen über die Abgeordnete Heidi Lippmann-Kasten im Niedersächsischen Landtag Anfang Juni 97 eine Kleine schriftliche Anfrage zur Rolle des VS sowie der örtlichen Polizeidienstellen eingebracht. Darüber hinaus wurde von anderer Seite Strafantrag gegen die seinerzeit verantwortlichen Polizeibeamten gestellt.

Vier Jahre nach der Veranstaltung der Neofaschisten in Oldenburg und dem Angriff auf das „Juz" in Aurich bleibt in diesem Zusammenhang die Forderung nach lückenloser Aufklärung über die Rollen von VS und Polizei. Vielleicht sind die bisherigen Erkenntnisse nur die Spitze des Eisberges. Vielleicht gab es noch weitere Interessenlagen in Aurich, die bei einem Konflikt um den Bestand des in exponierter Citylage liegenden „Juz" Profit schlagen würden.

Der letzte Stand der Dinge: Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen die Polizei liegt zur Zeit bei der Staatsanwaltschaft Aurich. Das Niedersächsische Innenministerium sieht sich deshalb nicht in der Lage, die Anfrage von B90/DieGrünen zu beantworten. Die Staatsanwaltschaft hat den Polizeikommandeur Weser-Ems, Horst Heitmann, eingeschaltet, selbst längere Zeit Chef der Auricher Polizei.

Peter Dahl

Rechter Geschäftemacher

Ermittlungen gegen Betreiber eines Plattenvertriebes im Emsland

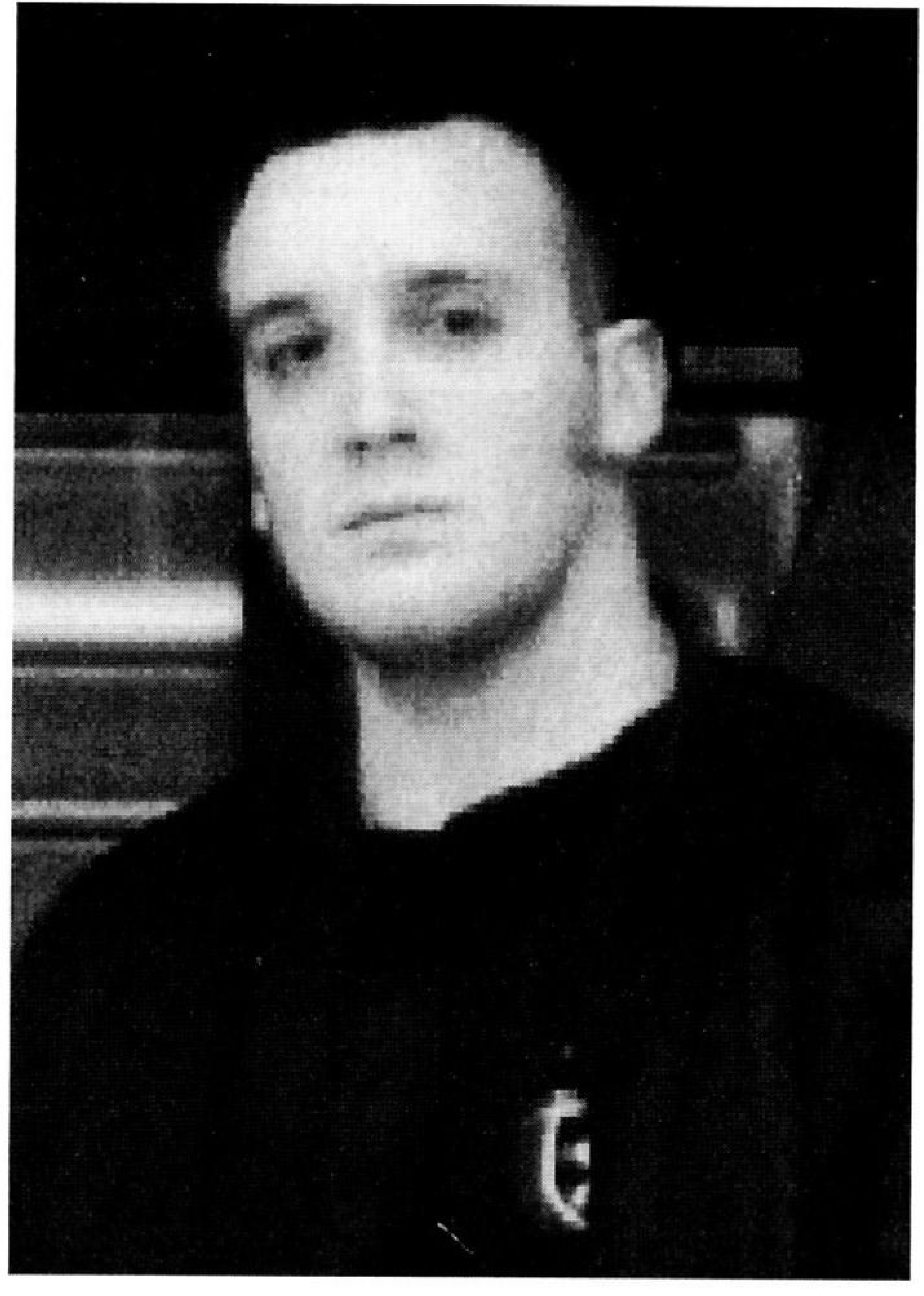
Daß man mit Nazi-Musik mittlerweile viel Geld machen kann, hat sich auch in die niedersächsische Provinz rumgesprochen. In Lingen (Emsland), das bisher nur wegen seinem Atomkraftwerk überregional bekannt wurde, befindet sich einer der größten Nazi-Plattenvertriebe der Bundesrepublik.

Inhaber des Plattenvertriebes ist der 22 jährige **Jens Hessler**. Doch Hessler verkauft nicht nur Platten, er ist darüber hinaus auch noch aktiver Neonazi. Hesslers Versand besteht seit Anfang der 90er Jahre. Damals war dieser noch relativ klein und unbedeutend. Zu der Zeit lernte er auch **Michael Wobbe** kennen, seines Zeichens Kader der „Nationalistischen Front" (NF) und V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Wobbe animierte Hessler seinen Versand auszuweiten und zu politisieren. Beide verstanden sich so gut, daß man später auch in Lingen zusammenwohnte. Da Wobbe als Reisekader für die NF aktiv war, verfügte er auch über zahlreiche Kontakte in der Region Lingen-Meppen-Nordhorn. In diese wurde Hessler gut eingeführt und ist mittlerweile eine der zentralen Figuren der Neonazis in der Region. 1993 nahm Wobbe Hessler mit zum „Rudolf-Hess-Marsch" ins hessische Fulda. Weiterhin organisierten sie, u.a. in Meppen, mehrere Treffen von Nazi-Skins, an denen teilweise mehr als 100 Personen teilnahmen. Ziel dieser Treffen war, glaubt man den Aussagen Wobbes, Geld zu machen, bekannt zu werden, Presse zu bekommen und Leute anzusprechen.

Nachdem Wobbes Tätigkeit für den VS bekannt geworden war, war es für Hessler nicht weiter schwierig, seine Kontakte weiter auszubauen. Beispielsweise nach Skandinavien, dort bezieht er auch einen Großteil seiner CDs. So verwundert es auch nicht, daß Hessler 1996 am „Rudolf-Hess-Marsch" im schwedischen Trollhätan teilnahm. Von dort brachte er mehrere Neonazis mit, die sich dann auch längere Zeit in Lingen aufhielten. Mit ihnen versuchte er einen Angriff auf sein „Lieblingsangriffsziel" in Lingen, eine Wagenburg. Diese war schon Angriffspunkt der Nazis, als Hessler noch mit Wobbe zusammen agierte und mußte sich seitdem ständiger Angriffe erwehren. Hessler bedient sich aber noch einer anderen Taktik, so versucht er bei jeder Gelegenheit, die sich ihm bietet, Bewohner der Wagenburg oder wen er dafür hält, anzuzeigen. In der Lingener Polizei findet er willige Helfer. Im März diesen Jahres wurde die Wagenburg von der Polizei durchsucht. Anlaß war natürlich eine Anzeige von Hessler. Dieser wollte im Vorbeifahren(!) an einem Bauwagen ein Plakat gesehen haben, auf dem einige Nazi-Kader abgebildet waren und ihre Funktion im neofaschistischen Lager erläutert wurde. Sämtliche Bewohner der Wagenburg erhielten daraufhin polizeiliche Vorladungen. Wohin die polizeilichen Aktionen führen sollen, belegt die Aussage „Laßt doch den Hessler in Ruhe" eines Polizisten während der Durchsuchung.

Doch in Ruhe gelassen wird Hessler derzeit nicht einmal mehr von der niedersächsischen Justiz. Bereits 1996 wurde sein Plattenvertrieb im bundesweiten VS-Bericht als einer der größten in der BRD bezeichnet. Im selben Jahr wurden bei einer Fahrzeugkontrolle und anschließender Hausdurchsuchung 1900 CDs bei ihm beschlagnahmt. Deswegen läuft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung, der Aufstachelung zum Rassenhaß und des Verbreitens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Trotz dieser Tatsachen ließ man ihn sein Geschäft ungehindert weiterbetreiben.

Im Sommer 1997 wurde das Thema Nazi-Musik verstärkt auch in den bürgerlichen Medien präsent. Aufhänger war dabei die CD der „Zillertaler Türkenjäger", auf der offen Rassenhaß und Antisemitismus betrieben wird. Auch vor Mordaufrufen wird nicht haltgemacht.(„Ich streck ihn nieder mit einem einzigen Schuß"). Laut „Spiegel" soll übrigens ein Mitglied der Meppener Nazi-Band „Saccara" in Verdacht stehen, an den Aufnahmen der CD beteiligt gewesen zu sein. Zu dieser Band pflegt



Jens Hessler

Hessler nicht nur aufgrund der räumlichen Nähe enge Kontakte.

Vor dem Hintergrund massiv steigender rassistischer und faschistischer Übergriffe und in Anbetracht des bevorstehenden „Rudolf-Hess-Marsch" 1997 sah sich die bundesdeutsche Polizei genötigt, eine öffentlichkeitswirksame Aktion durchzuführen. Am 6. August wurde eine bundesweite Durchsuchungsaktion von Plattenvertrieben durchgeführt. Mit dabei natürlich wieder Jens Hessler. Bei ihm wurden weitere indizierte CDs, u.a. von „Störkraft" und „Endstufe" sowie umfangreiches Propagandamaterial sichergestellt. Darunter befanden sich Aufkleber und Aufrufe zum „Hess-Marsch" 97. Ein weiterer Beleg dafür, daß Hessler über das Geldverdienen hinaus, eine wichtige Funktion im neofaschistischen Lager innehat. Mittlerweile hat er nicht mehr nur Freunde im Kameradenkreis, ihm wird vorgeworfen von zahlreichen Nazibands Bootlegs (Raubkopien) erstellt zu haben. Hessler wurde übrigens nicht festgenommen, es wurde lediglich ein weiteres Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Seinen Versandhandel kann er weiterhin ungestört betreiben.

Lotte Mier

„Zuwendung und Akzeptanz“

Akzeptierende Sozialarbeit am Beispiel Beverstedt

Wenn in den letzten Jahren die Medien über „rechtsextrem motivierte Jugendliche“ aus deutschen Städten und Gemeiden berichteten, sahen sich die Stadväter genötigt zu handeln. Neben „Runden Tischen gegen die Gewalt“ riefen sie meistens Projekte „akzeptierender Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen“ ins Leben. So auch in Beverstedt.

Nachdem im November letzten Jahres der Spiegel über Gewalttaten neofaschistisch orientierter Jugendlicher aus dem Ort zwischen Bremen und Bremerhaven schrieb, war die Sorge um das Ansehen in der Gemeinde groß. Im reißerischen Bericht erschien Beverstedt als „das Zentrum der rechten Szene in der Region“. Aus der Sorge resultierte der Handlungsdruck und die Gemeinde brachte die „akzeptierende Jugendarbeit“ ins Rollen.

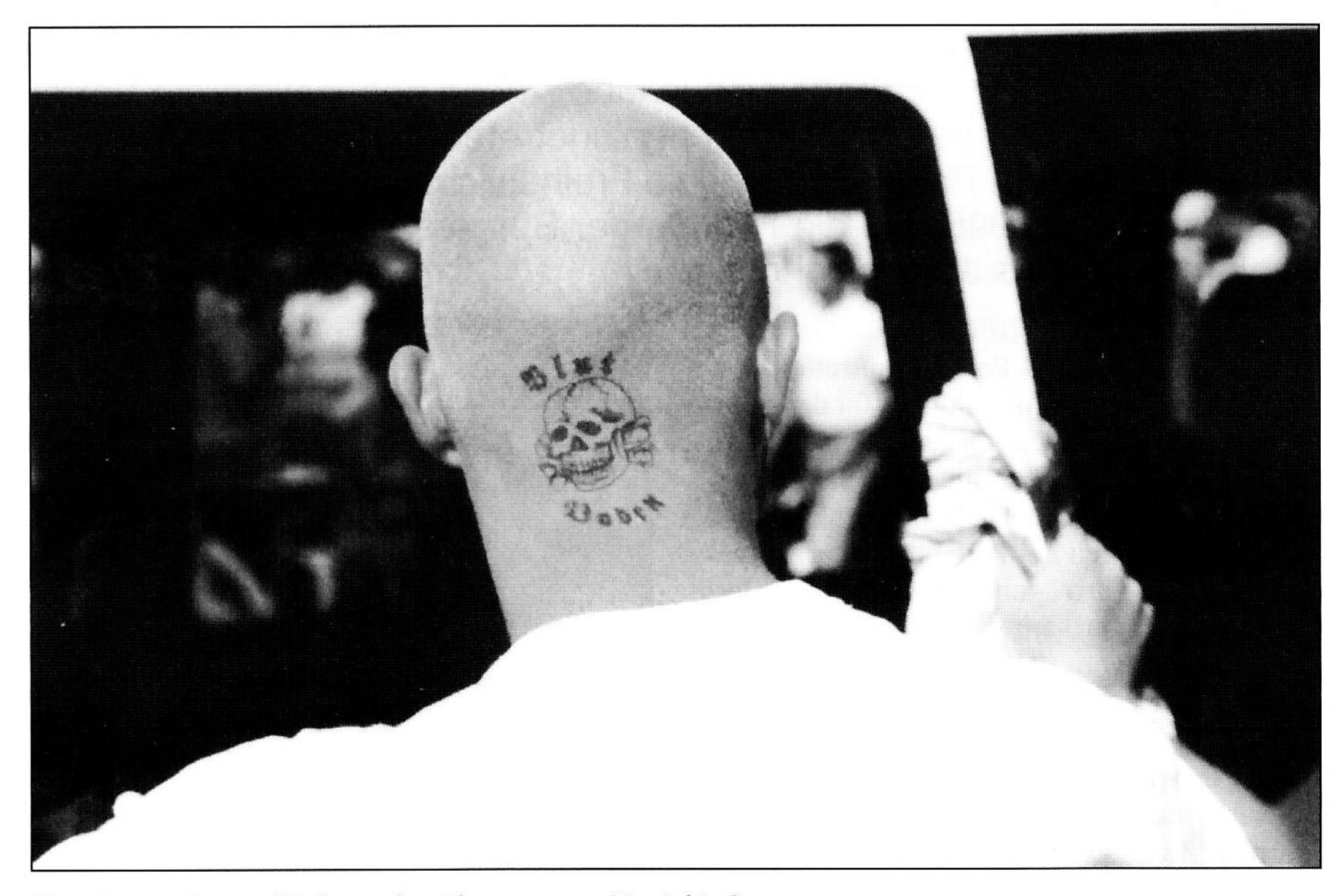
Im Januar 97 richtete die Gemeinde eine Stelle für einen Streetworker ein. Allerdings durfte Andreas Horstmann, der die Stelle antrat, mittlerweile wieder gehen, da er das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit anders auslegte.

Seitdem liegt das Projekt (bzw. die Besetzung der Stelle) mit in den Händen des „Vereins zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V.“, der seit Jahren wortführend in der Diskussion um Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen ist. Der Verein hatte schon zuvor die Einstellung von Horstmann kritisiert, weil dieser sich „nicht kooperativ“ genug gezeigt habe und weil er ein Team von mindestens zwei Leuten für nötig hielt, das idealerweise aus Mann und Frau bestehen solle.

Im Mai wurde dann in Bramstedt ein „Runder Tisch“ zum Thema gegründet. Doch seitdem ist nichts mehr aus dem auserwählten Kreis zu hören. Die Teilnehmer behandeln, so die „Osterholzer Zeitung (OHZ)“ „das nichtöffentliche Treffen, wie eine geheime Kommandosache“. Welche Sichtweise dort dominiert, läßt die Jugendpflegerin der Gemeinde, Angela Giampietro, allerdings durchschimmern, als sie feststellte: „Eigentlich dürfen wir uns stolz nennen, so nette Jugendliche zu haben. Die sind im Grunde nicht anders, als wir früher auch waren“.

Die Gründung eines „Präventionsrates“, in dem Polizei, Jugendamt, PolitikerInnen und SozialarbeiterInnen zusammen sitzen sollen, um „gemeinsam und öffentlich das Problem“ anzugehen, folgte im Juni. Dieser soll eine „Doppelstrategie von Integrationsbemühungen und Strafverfolgung“ verfolgen, wie es der CDU-Kommunalpolitiker Tänjes ausführte. Man möchte besonders auf die drei Säulen Polizei, mehr Ausbildungsplätze und Eltern einwirken.

So sehr die „Projekte“ den Einzelnen akzeptieren, so sehr individualisieren sie die Problematik. Der Täter wird zum Opfer zum Modernisierungsverlierer oder desorientierten Jugendlichen, wie es zum Beispiel Franz Josef Krafeld formuliert, Professor an der Hochschule Bremen, Praxisberater und wissenschaftlicher Begleiter von akzeptierenden Jugendarbeitsprojekten (in Zukunft auch für das Beverstedter Projekt). In diesem Kontext reduziert sich die Pädagogik auf die Hinnahme von inhaltlichen Positionen, die nur bitte nicht in Form von Gewalt ausgelebt werden sollen. Ebenso negiert sie die Enstehung von Denk- und Verhaltensmustern im gesellschaftlichen Kontext. Die Folge ist, daß die Politik der „Mitte der Gesellschaft“ aus der Verantwortung genommen und auch der einzelne Täter als Subjekt nicht ernstgenommen wird. Die individuellen Beweggründe, die zur Hinwendung zu rechten Konzepten als Antwort auf die Lebenssituation führen, werden nur formal hinterfragt. Die Bedingung dieser formalen Hinterfragung ist Akzeptanz. Mit der Konsequenz, daß die Intention ausschließlich „Befriedung“ ist, sowie die Einordnung des Individuums in die deutsche Normalität. Eine vernünftige Analyse, warum sich aus dieser Normalität rechte Jugendliche entwickeln, ist daher selten Thema in der akzeptierenden Jugendarbeit. Pädagogische Ansätze, die sich dieser Normalität stellen, sind auch in den Projekten meist nicht zu finden. Renate Storm vom Verein „Schleuse“, die auch mit straffällig gewordenen rechten Jugendlichen zusammenarbeitet, macht diese Tendenz deutlich: „Durch unsere Arbeit merken sie, daß wir sie schätzen unabhängig von ihrer Gesinnung. Daß wir ihr Verhalten ablehnen, das wissen sie. Sie brauchen Zuwendung und Akzeptanz, um selbstbewußtes Auftreten zu erlernen.“



Verwirrter Jugendlicher oder überzeugter Naziskin?

Nun trifft die Beschreibung „unkritische Akzeptanz“ in Beverstedt, wo „das Problem“ vergleichsweise öffentlich diskutiert wird, wohl am meisten auf die sozialpädagogische Seite zu.

Zu Wort meldeten sich beispielsweise auch der Arbeitskreis „Nein zur Gewalt“ und die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, die „auf das Problem seit Jahren hinweisen... [und] nicht einverstanden [sind] mit der Samtgemeindeverwaltung, mit den Bürgermeistern und Räten, die immer abgewiegelt haben...“.

In ihrer Veranstaltungsreihe wurde schließlich das Konzept der akzeptierende Jugendarbeit mit keinem Wort kritisiert. Den Auftakt der Reihe bildete ein für Jugendsachen zuständiger Kriminalhauptkommisar, Ralf Stabbert, der zum Schluß kam, daß „eine absolute rechte Ideologie“ fehle. Nun zeigen die Erfahrungen, daß nicht erst das geschlossene faschistische Weltbild entsteht und dann der rassistische Schläger; daß viel öfter eine Kurzschluß-Ideologie zusammengebastelt wird. Dies wurde so vom Tisch gewischt, ähnlich wie es im Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit geschieht, die auf die Akzeptanz der Jugend(-clique) aufbaut, wo es viel eher gelten sollte, die ideologischen Versatzstücke im Kopf der Jugend zu hinterfragen. Die Fixierung auf Gewaltaktivismus führt aber erneut dazu, daß weder von rechtspopulistischen (Nazi-)Parteien, noch von den sich intellektueller gebenden „neurechten“ Kreisen Notiz genommen wird, obwohl (oder vielleicht, weil) sie keine extreme Randerscheinung, sondern mittlerweile eine Bewegung und rassistische Ressentiments im Bewußtseinsstand der vielumkämpften „Mitte“ zu finden sind.

Die Polizei, die Ende letzten Jahres eine spezielle Ermittlungsgruppe ins Leben gerufen hat, beschlagnahmte bei Hausdurchsuchungen von 14 Wohnungen in der Region Waffen und Propagandamaterial und müßte es deshalb besser wissen.

Zu einer weiteren Veranstaltung war der Sozialpädagoge Andreas Müller eingeladen, der aufgrund seiner Erfahrung als Sozialpädagoge und Mitglied des Bremer Vereins als eine Art Berater auftrat. Diese Veranstaltung endete mit

dem Ratschlag von Müller an anwesende Jugendliche, anstatt sich zusammenzuschließen und selbst dafür zu sorgen, daß die Nazis ihre Partys nicht terrorisieren können, sich auf die Hilfe der Polizei zu verlassen, die in Beverstedt zum jetzigen Zeitpunkt auch eingreift, was nicht immer der Fall war. Müller, erklärtermaßen ein Linker, den man sich aber eher wie einen sozialpädagogischen Talkmaster vorstellen muß, zeigte sich mit dieser Argumentation als typischer Vertreter von verbalem und staatstragendem Antifaschismus, der weder handeln will, noch an die Wurzeln geht. Sein Verlassen auf die „Institution Sozialpädagogik", die als einzige imstande sein soll, das „Problem rechte Jugendgewalt" zu lösen, verdrängt jeden antifaschistischen Ansatz. Gesetzt wird vielmehr auf eine Art starker Staat mit Schonwaschgang für die Jugend; die Dimension faschistischer Gewalt wird nicht gesehen.

Antifaschistische Gegenprojekte sind in Beverstedt nicht von vornherein vorhanden, eine Mobilisierung von Antifas aus der Stadt angesichts der Situation kompliziert, wenn die kritischeren/engagierten Kreise sich auf die herkömmlichen Konzepte akzeptierender Jugendarbeit verlassen, obwohl diese mindestens ebensoviele Schreckensnachrichten, wie Erfolge verbuchen.

Daß der Bremer „Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit" für Beverstedt zunächst nicht zuständig war, machte es in diesem Fall möglich, die Verantwortung auf einen einzelnen abzuwälzen. Aber auch die Vorfälle aus anderen Orten scheinen zumindest nachdenklich zu stimmen. Unter dem Titel „Gut gelaufen - dumm gelaufen" lädt der Verein vom 24. bis 26. September zu einem Erfahrungsaustausch über die „Arbeit mit solchen Jugendszenen, die gemeinhin als rechtsorientiert und gewalttätig gelten" ein, allerdings hinter verschlossenen Türen. Explizit eingeladen sind nur SozialarbeiterInnen, die mit rechten/gewalttätigen Jugendlichen arbeiten. Vorgesehen für die Tagung ist außer einem Erfahrungsaustausch und der „Weiterentwicklung konzeptioneller Grundlagen dieses Arbeitsbereiches", auch „die Beschäftigung mit Fehlern der Projektarbeit".

Geplant ist auch, interaktiv und typisch Sozialpädagoge: „eventuell [ein] Markt innovativer Ideen in der Projektarbeit mit rechten Jugendcliquen". Angesichts dessen offenbaren sich die Grenzen der Selbstreflexion, die grundsätzliche Infragestellung wird nicht Thema sein.

Andreas Speit

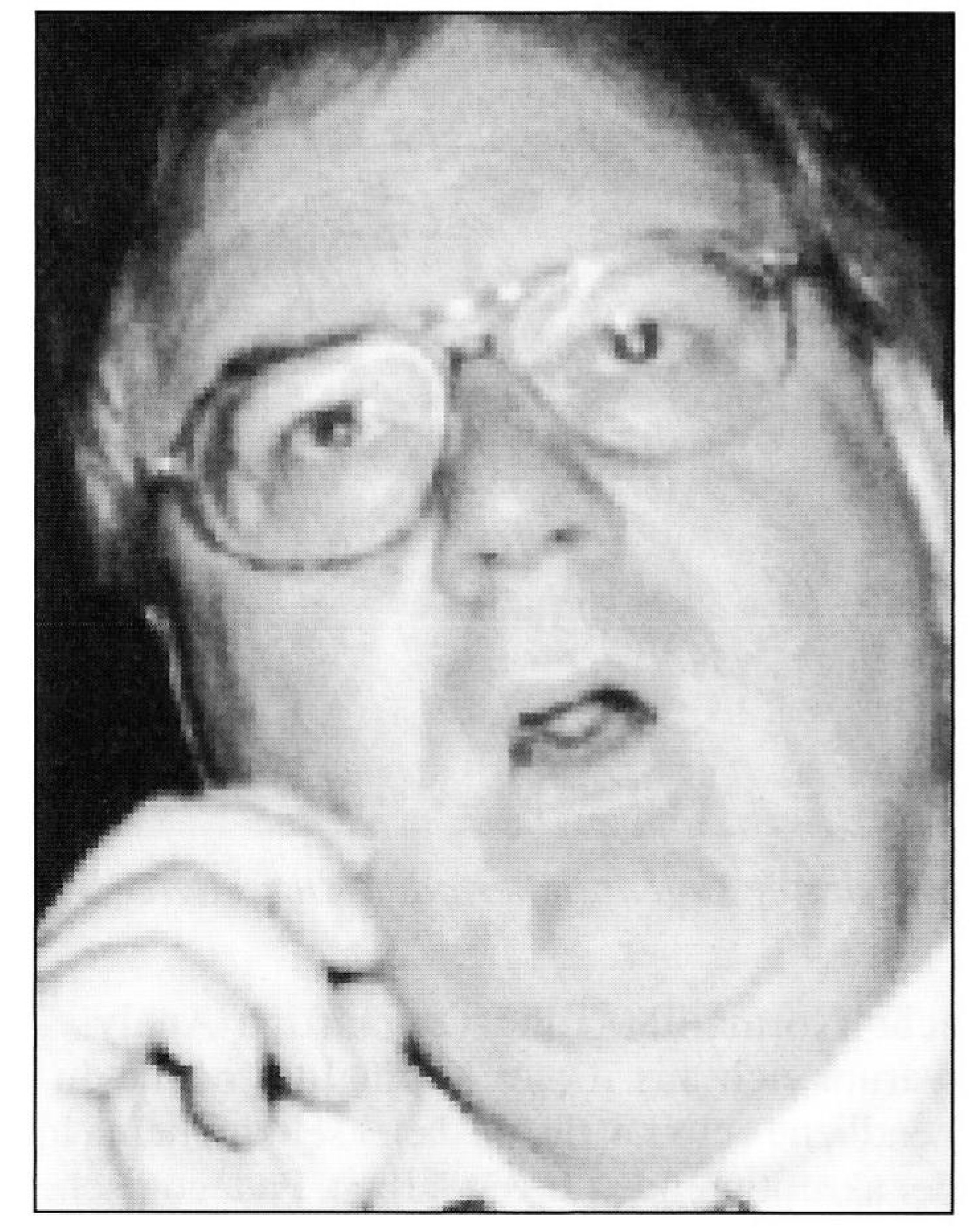
„Rechte Alternative" für Biedermann und Sauberfrau

Hamburger Bürgerschaftswahlkampf des BFB

Im Falle einer „nationalliberalen Erneuerung der ganzen FDP", verlautete Manfred Brunner gegenüber der „Welt" im Januar 1996, stünde „meine Partei ernsthaft vor der Frage sich in eine solche nationalliberale Partei einzubringen". Der Fall ist noch nicht eingetreten, so daß der von Brunner initiierte „Bund Freier Bürger - die Freiheitlichen" (BFB) für die Bundestagswahlen 1998 und die Hamburger Bürgerschaftswahlen am 21. September dieses Jahres kandidiert.

Seitdem scheut der BFB im Bürgerschaftswahlkampf, in dem 24 Parteien antretten, weder Engagement noch Investitionen für den Stimmenfang des „normalen Bürgers, der hart arbeitet und sich um seine Familie sorgt, seine Steuern zahlt und die Gesetze achtet". Mit ihrem zentralen Anliegen der Ablehnung der „Esperantowährung Euro" - und dem klaren Wählerklientel vor Augen - tritt der BfB via ganzseitiger Anzeigen vom „Hamburger Abendblatt" und der „Morgenpost" über die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bis zur „Jungen Freiheit", sowie per Wahlplakate - „Hamburg wählt den Euro ab" - in Erscheinung. Um dem Hamburger „Bürger" Rede und Antwort zu stehen, eröffnete der Landesverband der Hansestadt ein „Bürgerbüro" in bester Lage in der Innenstadt, wo der BFB Veranstaltungen durchführt und täglich ansprechbar ist.

Vom 21. bis 24. Juli stellte der designierte Spitzenkandidat und Landesvorsitzende **Kristof Berking** zusammen mit **Brunner** in dem gediegenen Ambiente der Börsenbrücke 2 die „10 Punkte für Deutschland" des BfB vor. In der programmatischen Erklärung fordern sie, neben dem Schutz der D-Mark, ein „Europa der Vaterländer", „Arbeitsdienste für Sozialhilfeempfänger" und beklagen den „Verfall des Rechtsbewußtseins" sowie die „moralische und rechtliche Leichtfertigkeit der massenhaften Tötung von ungeborenem Leben", während in den „Entwicklungsländern ein gefährliches Ungleichgewicht" erzeugt werde. Im „Interesse der deutschen Bevölkerung" treten sie ebenso für



Führender Kopf der „Freien Bürger": Manfred Brunner

eine „Beschränkung des Zustroms von Flüchtlingen" ein, sowie für ein „Gnadenrecht auf Asyl". Desweiteren wollen sie die „linke Gesinnungspartei entwaffnen".

Ausführlicher legen sie in ihrem 1995 auf dem Bundesparteitag in Baunatal beschlossenen Grundsatzprogramm „Freiheit braucht Mut" ihr Wirtschafts- und Staatsverständnis dar. Die Deregulierung des Tarifrechts und die Reduzierung der staatlichen Aktivitäten wünschen sie ebenso wie eine Präsidialdemokratie für eine „selbstbewußte Nation", basierend auf der „deutschen Kultur und dem christlich-abendländischen Erbe". Ihr Wunsch nach der Präsidialdemokratie für einen „totalen Staat" (Carl Schmitt) ist eine immante Option eines autoritären Staates im rechten Staatsverständnis, daß seit 1918 in den rechten Kreisen Thema ist.

Am 21. Juli lauschten an die 50 gutsituierte Damen und Herren Brunners Synthese eines radikal neoliberalen Wirtschaftsprogramms mit nationalliberalem Gesellschaftsbild. Allerdings unter Polizeischutz, da vor den Türen eine antifaschistische Gegenkundgebung stattfand. Solche Proteste begleiteten bereits im Juli die Auftritte des Ex-FDPlers und einstigen Kabinettchefs der EG-Kommission unter dem Motto „Rettet die D-Mark".

Kam die am 23. Januar 1994 in Wiesbaden gegründete „rechte Alternative" (Eigenwerbung) nach parteiinternen Querelen und Wahlmißerfolgen anfangs etwas ins Stolpern, so konnte sie in den letzten Jahren Tritt fassen. Der BfB versammelte ca. 1.000 „freiheitlich, marktwirtschaftlich, konservativ und national gesinnte Menschen" mittlerweile bei sich und ist in allen 16 Bundesländern präsent. Bei den Kommunalwahlen 1996 in Bayern konnten sie 3,3 Prozent der Stimmen und zwei Stadtratsmandate in München erreichen, vom denen Brunner eines inne hat.

In Hamburg indes erhielt der BFB bei den Europawahlen 1994 1,5 Prozent der Stimmen, was Kristof Berking, ehemaliger Kulturredakteur der „Jungen Freiheit", heute nicht mehr besorgt. Er ist guter Hoffnung, daß der BfB sich bei der Bürgerschaftswahl durchsetzt - getreu ihrer Motivation, daß "wir Deutschen Großes geleistet haben und auch in Zukunft Großes zusammen bewirken". Außerdem wären, so der 32jährige Jurist und Publizist, „die Freiheitlichen die einzigen mit einem nationalliberalen und dezidiert ökonomischen Profil". Besonders viel verspricht er sich auch von der Kandidatur **Ulrich Schachts** für den BFB. Neben der Wahlhilfe des „Welt am Sonntag" Redakteurs, der sich als DDR-Bürgerrechtler und „Neurechter" versteht, hilft der rechte Flügel der FDP dem BFB beim Stimmenfang.

Der Spitzenkandidat des BFB begrüßte am 11. August den Hessischen Landtagsabgeordneten der FDP und Sprecher der Liberalen Offensive **Heiner Kappel** in der Börsenbrücke 2. Gleich zu Beginn der Veranstaltung wies Berking darauf hin, daß den BFB mit Kappel mehr verbinde, als Trennendes bestehe. Das wußten auch die ca. 60 Anwesenden, die Kappel mit rhythmischen Beifall begrüßten.

Bundesweites Aufsehen erregte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP und Mitinitiator der Liberalen Offensive mit dem Versuch, eine Mitgliederbefragung der FDP zum Euro zu initiieren - gegen den Willen der Parteiführung.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus - wirklich?" war sein Thema beim BFB. „In Deutschland herrscht eine Scheindemokratie, wo Medien und Politik ein Spektakel für das Volk aufführen, ohne etwas ändern zu wollen" antwortete er sogleich. „Würden sie das Volk fragen, sehe es anders aus", da die „Volksseele weiß, was gut und richtig ist". So wisse die „Volksseele", daß „es nicht normal" sei, „daß wir uns zu fein sind, unseren Dreck selbst wegzumachen und deshalb Fremde ins Land holen, während Arbeitslose sich weigern sog. niedere Arbeiten zu verrichten". Ebenso wisse die „Volksseele", daß es mit den „Asylanten" genug sei und die eigene kulturelle und nationale Identität darniedergehe. Es sei richtig gewesen, so betonte Kappel als ausgebildeter Gymnasiallehrer und Pastor, die bosnischen Flüchtlinge aufzunehmen. „Aber nun sei es Zeit für sie, zurückzukehren, schließlich haben wir Deutschen auch nicht auf Mallorca gewartet, bis die Heimat wieder aufgebaut worden ist".

Brunner griff dies im Anschluß auf und versicherte, daß „der BFB Kappel nicht vereinnahme, da nicht vereinnahmbar sei, was im Geist vereint ist".

Weder zu den Aussagen, noch zu Kappels Auftritt bei der Konkurrenz mochte die Sprecherin des FDP-Aktionsbüros für die Bürgerschaftswahlen Maren Schoenig eine Stellungnahme abgeben. Man hüllt sich in Schweigen und hofft, die nationalliberal Gesinnten in der FDP an sich zu binden, um nicht wieder an der 5-Prozent-Hürde zu scheitern.

Berking sieht dies gelassen und bekundete, vor allem enttäuschte CDU- und FDP-Wähler für den BFB gewinnen zu wollen. Wobei er auf drei bis sechs Prozent der Stimmen hofft.

Die Konkurrenz ist allerdings groß. Neben dem BfB kandidieren für die 121 Parlamentssitze in der Bürgerschaft weitere rechtsextreme Parteien wie die „Republikaner", die „Deutsche Volksunion", die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands", die „Deutschen Konservativen" und die „Deutsche Partei". Die „Republikaner" verfehlten vor vier Jahren mit 4,8 Prozent der Stimmen nur knapp den Einzug in die Bürgerschaft. Aktuelle Umfragen notieren für die „Republikaner" vier Prozent.

Doch auch die Hamburger SPD mischt beim Gedränge am rechten Rand mit, indem die sozialdemokratische Volkspartei mit Themen wie Innere Sicherheit, Standort Hamburg, Drogenpolitik in rechtspopulistischer Manier auf Stimmenfang geht. Exemplarisch prangt Tony Blairs Aussage "Law and Order is a Labour Issue" in weißen Lettern auf den roten Wahlplakaten und am 11. August verkündete Hennig Vorscherau zusammen mit Gerhard Schröder auf einer SPD-Wahlparty, daß es nicht angehe, das „Gastrecht für kriminelle Taten auszunutzen" und: „Es muß Schluß sein mit Gewalt".

Allerdings verkünden sie noch nicht offiziell per Plakat das sie die „Inländerfreunde sind" (BfB) und daß bitte das „Orginal" zu wählen sei (REP).

Ulla Jelpke & Samuel Salzborn

„Landsmannschaft Schlesien" bleibt auf Ostritt

„Schlesien - Erbe und Auftrag" lautete das Motto des diesjährigen „Deutschlandtreffens der Schlesier" vom 12. bis 13.Juli. Nach Angaben der „Landsmannschaft Schlesien" (LMS) waren um die 100.000 dem Ruf nach Nürnberg zum zweijährlich stattfindenden Bundestreffen gefolgt. Ganz so bunt wie beim Treffen der „Landsmannschaft Ostpreußen" im Mai in Düsseldorf ging es in Nürnberg zwar nicht zu. Dafür fand sich aber nach zwanzig Jahren das erste Mal ein Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt bereit, der LMS ein Grußwort auszusprechen.



Renate Sappelt

Nürnbergs Oberbürgermeister **Ludwig Scholz** (CSU) wurde dann für seinen „persönlichen" Auftritt nicht nur vom Organ des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) „Deutscher Ostdienst" gefeiert, sondern war im Vorfeld des Treffens schon von den „Schlesischen Nachrichten" (SN) anläßlich seines 60.Geburtstages dafür gewürdigt worden, daß er „mit Energie die Errichtung eines Hauses der Heimat in Nürnberg" betreiben würde.

Mit seinem Engagement für den nach Großdeutschland strebenden Revanchismus war er auch beim Bundestreffen der LMS in der „Frankenhalle" nicht allein. Zu den Festrednern der Hauptkundgebung am Sonntag gehörten der bayrische Innenminister **Günther Beckstein** (CSU), Bundesbauminister **Klaus Töpfer** (CDU), Dr. **Herbert Hupka** (Bundesvorsitzender der LMS) und **Renate S. Sappelt** (Bundesvorsitzende der „Schlesischen Jugend"). Töpfer mahnte die LMS bei ihren Vorhaben zu mehr Geduld und Ausdauer, weil „wer alles gleichzeitig haben will, gar nichts erreichen wird", was ihm prompt Pfiffe und Buhrufe einbrachte.

Andere Übersender von Grußbotschaften waren da mehr gelitten. „Dem Deutschlandtreffen der Schlesier wünschen wir viel Erfolg", so der Kreisverband Rems-Murr der „Republikaner" (REP) in einer Anzeige im „Schlesier". Im Einklang mit den „Vertriebenen" versicherten die REP: „Wir haben Deutschland noch lange nicht aufgegeben." Auch die NPD (Bezirksverband Mittelfranken) begrüßte per Anzeige „die schlesischen Landsleute zum Deutschlandtreffen in Nürnberg" und versicherte: „Die Treue zu Schlesien bleibt für uns Aufgabe und Verpflichtung! Schlesierland ist deutsches Land!"

Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Rudolf Scharping** es sich nicht nehmen ließ, der LMS eine Grußbotschaft zu übermitteln und zu versichern: „Sie sind aufgrund Ihrer leidvollen Geschichte berechtigt und aufgerufen, die Ächtung jeglicher Vertreibung [...] gegenüber der Weltöffentlichkeit anzumahnen. Darin sehe ich neben der grenzüberschreitenden Kulturarbeit eine weitere wichtige Aufgabe der Landsmannschaft."

Neben soviel großdeutscher Eintracht hatte es Töpfer mit seinem taktischen Geplänkel in Nürnberg wahrlich nicht leicht. Zudem hatte Herbert Hupka in seinem in den SN gedruckten Beitrag „Viermal für Schlesien" bereits vor dem „Deutschlandtreffen" offengelegt, warum Töpfers taktische Parolen der LMS nicht schmecken können: Der „Stamm der Schlesier", der sich rekuriere aus „Erlebnisgeneration", „Abstammungsschlesiern" und „Bekenntnisschlesiern, zu denen die nachgewachsenen Generationen und die

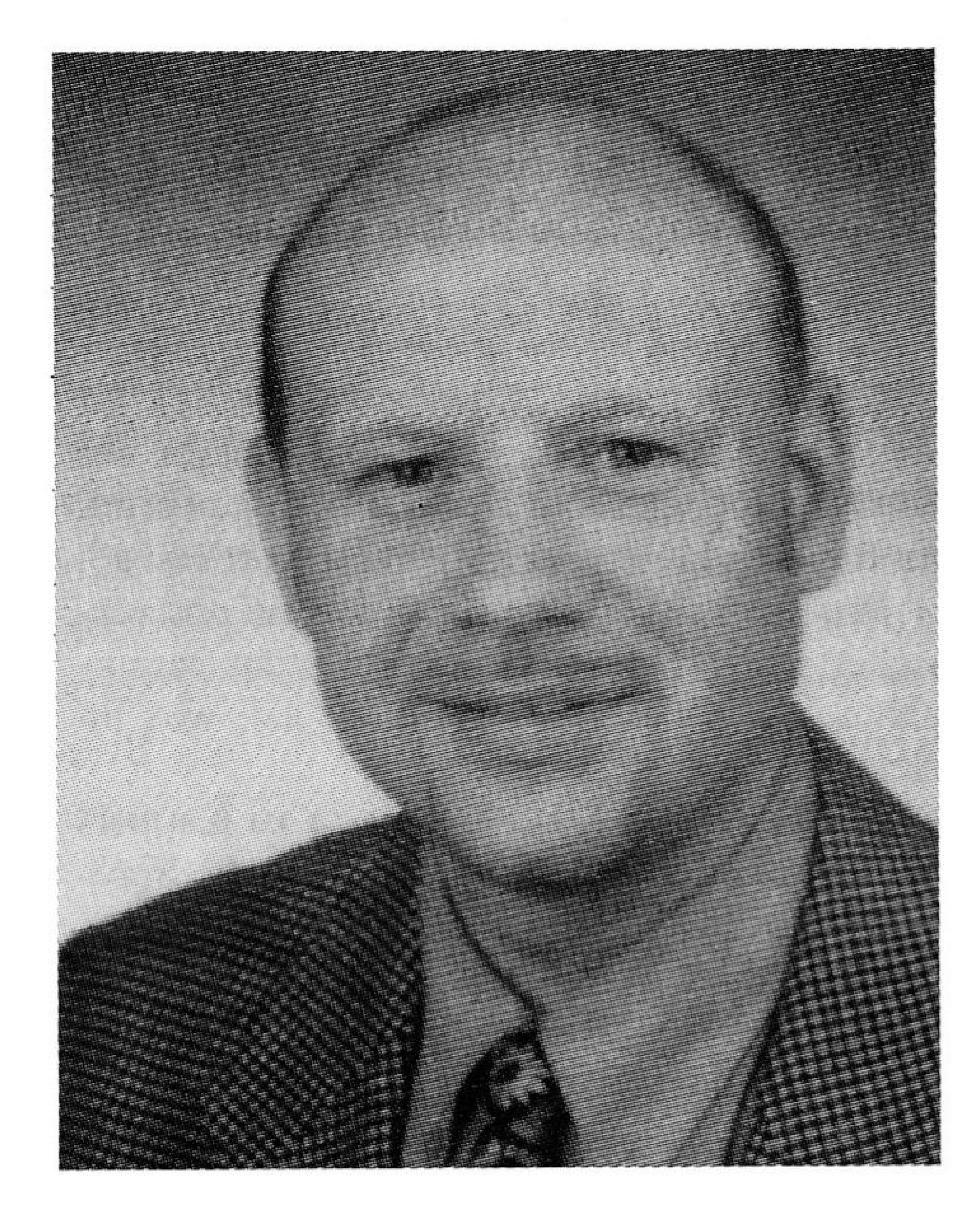
Freunde Schlesiens zählen", müsse sich dafür einsetzen, daß „schlesische, daß deutsche Kultur wieder dort zu Hause sein muß, wo sie über die Jahrhunderte hinweg beheimatet gewesen" sei.

Wie dieser Angriff auf polnisches Staatsterritorium konkret aussieht, führte die „Schlesische Jugend" durch die Einrichtung eines Sonderkontos für die Hochwasseropfer „in Schlesien" (nicht etwa in Polen) vor und ihre Bundesvorsitzende Sappelt erklärte den politischen Standpunkt der „Schlesischen Jugend" dahingehend, daß „sich die Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen nicht mehr auf den St.Nimmerleinstag vertrösten lassen" werden. Der „Schlesier", der es sich nicht nehmen ließ, die Rede von Sappelt zu dokumentieren, betitelte sie mit „Eine Rede, die Hoffnung macht". Das ehemalige MdL der NPD in Schleswig-Holstein, **Karl-Ernst Lober**, sprach im Leitartikel von einer „ausgezeichneten Rede" Sappelts, die deutlich gemacht habe, „daß für uns Schlesier die derzeitige Situation in unserer Heimat noch keine endgültige Regelung der vielen ungelösten Fragen darstellt."

Für die Rückholung der ehemaligen großdeutschen Ostgebiete hat sich Sappelt schon an anderer Stelle tatkräftig engagiert. Sie ist nicht nur Mitglied im Bundesvorstand der LMS, im Bundesvorstand der „AG Junge Generation im BdV" (AJG) und stellvertretendes Mitglied im „Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen" beim Bundesinnenministerium. Sie gehörte auch zu den Unterzeichnern der in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" publizierten, geschichtsrevisionistischen Anzeige „8.Mai 1945 - Gegen das Vergessen" (zusammen mit u.a. **Alfred Dregger**, **Herbert Fleissner**, **Peter Gauweiler**, **Hans-Helmuth Knütter**, **Alfred Mechtersheimer**, **Caspar von Schrenck-Notzing**, **Dieter Stein**, **Karlheinz Weißmann**, **Rainer Zitelmann**) und war als Schriftführerin und Kassenprüferin im Landesvorstand NRW des „Bundes für Gesamtdeutschland" (BGD) tätig.

Dieser wurde auf Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke sogar von der Bundesregierung als antidemokratisch, revisionistisch und „ansatzweise fremdenfeindlich" bezeichnet. Im BGD-Organ „Unsere deutsche Heimat" wurde auch schon unkompliziert zur praktischen Solidarität mit der Neofaschistin und Vorsitzenden der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG), **Ursel Müller** aufgerufen.

Die LMS wurde 1950 gegründet. Sie zählt derzeit ca. 250.000 Mitglieder; Sitz ist das südlich von Bonn gelegene Königswinter. Als Organ der LMS erscheinen seit 1988 zweiwöchentlich die „Schlesischen Nachrichten" (SN). Nach Angaben der rechtsradikalen Wochenzeitung „Junge Freiheit" beziffert sich die Auflage der SN derzeit auf 6.000 Exemplare. Vom vormaligen Verbandsorgan „Der Schlesier" mußte sich die LMS aufgrund internationaler Proteste wegen der zu offen revanchistisch und faschistoiden Ausrichtung trennen. Ein Mitglied des Bundesvorstandes der „Schlesischen Jugend" hatte seinerzeit den Durchmarsch bundesdeutscher Truppen durch Polen bis tief in die Sowjetunion erwo-



Generationswechsel: Damian Spielvogel wird Geschäftsführer der LMS

gen und **Johannes P. Ney** in dem Artikel „Strafe, Sühne, Aussöhnung? Nein, Rache!" („Der Schlesier", 25.11.1988) zu wüst gegen Polen gehetzt. Dennoch wird „Der Schlesier" von weiten Teilen der LMS geachtet und weiterhin als Mitteilungsorgan anerkannt. Der Antrag an den Bundesvorstand der LMS, den „Schlesier" wieder als offizielles Zentralorgan einzusetzen, scheiterte 1989 bei Stimmengleichheit. Seine Auflage dürfte die der SN um weit mehr als das Doppelte übersteigen.

Im Bundesvorstand der LMS findet derzeit ein Verjüngungsprozeß statt. Zum Bundesvorsitzenden Hupka, seinen Stellvertretern **Peter Großpietsch**, **Rudi Pawelka** und **Helmut Riedel** und den Referenten im Vorstand für „Kultur" (**Konrad Werner**), für „Frauen" (**Margarete Weber**) und für die „Junge Generation" (Renate Sappelt) hat sich ein neuer Bundesgeschäftsführer gesellt: **Damian Spielvogel**. Der 31jährige löste den im Alter von 65 Jahren ausscheidenden **Bernhard Schäfer** ab. Spielvogel, dem laut Hupka der Ruf vorauseile, „daß er zupackt und handelt" und „daß er sich für unsere Heimat Schlesien engagiert", hat sein politisches Handwerk in für dieses Betätigungsfeld geeigneten Kreisen erlernt: Nach seiner Übersiedlung im Jahr 1982 aus Polen in die BRD hatte er sich seine ersten Sporen im neofaschistischen und der NPD nahestehenden „Studentenbund Schlesien" (SBS) verdient. Beim 14.Konvent des SBS 1987 wurde er zum Leiter des neugegründeten Arbeitskreises „Spätaussiedler und Deutsche im polnischen Machtbereich" gewählt. Die dort erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten setzte er auch in der LMS ein - im Bundesvorstand ist er Vertrauensmann für die Arbeit zur Eingliederung der Aussiedler.

Spielvogel, Multifunktionär in der LMS (u.a. auch stellvertretender Bundesschriftführer der „Schlesischen Jugend" und stellvertretender Landesvorsitzender der „Schlesischen Jugend" in NRW), unterstreicht seine Gesinnung durch seine häufige publizistische Tätigkeit für den wüst geschichtsrevisionistischen „Schlesier". Seine Ernennung zum Bundesgeschäftsführer zeigt, daß die LMS einen rechtsradikalen Kurs jenseits und auch gegen die derzeitige CDU-Regierungspolitik fahren will.

Die im BdV organisierten „Landsmannschaften" verfügen über Patenschaften mit Bundesländern oder, bei kleineren Verbänden, mit Städten und Landkreisen. Die Aufgabe der bundesdeutschen Vertretungen besteht darin, die Arbeit der Revanchisten zu unterstützen und ihre revisionistischen Betrachtungen der Geschichte, z.B. durch Museenförderung, zu flankieren. Für die LMS hat Niedersachsen diese Aufgabe übernommen. Nachdem es in Folge des Bundestreffens der LMS 1989 in der Landeshauptstadt Hannover (Motto: „Schlesien in Hannover: Für unser Schlesien") gelungen war, die LMS nach Bayern zu vertreiben, sprach sich der Chef der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, **Christian Wulff**, in einem Gespräch mit den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes des BdV-Landesverbandes Niedersachsen (**Oliver Dix**, **Helge Kahnert**, Dr. **Dieter Radau**, **Helmut Sauer** und **Hellmut Schneider**) dafür aus, die LMS-Revanchistentreffen zukünftig wieder in Hannover stattfinden zu lassen. Dafür werde sich seine Partei einsetzen, ebenso für die Erweiterung und den Ausbau der Förderung der „Vertriebenenverbände" aus Mitteln des Bundeshaushaltes nach § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes". Dabei solle insbesondere auch die weitere Mitwirkung der Ostlandritter in den Landesmedienanstalten ermöglicht werden.

Neuer Vorstand der Nachwuchs-Vertriebenen

Die „Arbeitsgemeinschaft Junge Generation" im „Bund der Vertriebenen" (BdV) hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 23.Mai folgende Nachwuchs-Vertriebene in den Vorstand gewählt: **Hans Kijas** (Vorsitzender; Bundesfunktionär der „Paneuropa-Union Deutschland e.V."), **Markus Leuschner** (Autor im „Ostpreußenblatt", „Referent bei den „Dresdner Freitagsgesprächen", Mitglied des „Arbeitskreises Linksextremismus" von Hans-Helmuth Knütter), **Joachim Engel** (Mitglied der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" und des „Arbeitskreises Linksextremismus" von Hans-Helmuth Knütter), **Oliver Dix** (Sprecher; Mitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft", Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit"), **Renate Sappelt** (Bundesvorsitzende „Schlesische Jugend", Unterzeichnerin des Aufrufs „8.Mai 1945 - Gegen das Vergessen"), **Ortwin Bonfert** und **Ralf Jahn** („Westpreußische Jugend"). Verabschiedet wurde auch eine Resolution, in der die Nachwuchs-Vertriebenen „uneingeschränkt" ihre „Solidarität mit den Deutschen in der Heimat und in den Siedlungsgebieten in Ost-,Ostmittel-und Südosteuropa" bekräftigen.

Stefan Peter

Braune Grenzgänger

An der Universität Mainz versuchen Neofaschisten zunehmend antirassistische und antifaschistische Zusammenhänge und Veranstaltungen auszukundschaften und Informationen über AntifaschistInnen zu sammeln.

Bevorzugte Anti-Antifa-Aktivitäten sind das Sammeln von Flugblättern und Publikationen sowie stupide Ausfragversuche von TeilnehmerInnen verschiedener Veranstaltungen nach Zusammenhängen, Namen, Treffpunkten, Personenzahlen etc., mittlerweile aber auch Versuche, Veranstaltungen zu stören oder zu verhindern.So wurde im Juli unter dem Pseudonym „Eugenius" versucht, über das neofaschistische Thule-Netz die rechten Gesinnungsgenossen zu einer Veranstaltung mit dem einer Hetzkampagne ausgesetzten Journalisten Anton Maegerle (vgl. DRR 45) zu mobilisieren. Nach Informationen, die dem Mainzer AStA aus dem Thule-Netz zugespielt wurden, deutet bei Eugenius vieles auf einen Studenten der Mainzer Universität. Zur Veranstaltung erschienen rechte Studierende mit einem „Herrn **Sauer**", der mit Zwischenrufen zu stören versuchte und Flugblätter der REP-nahen freiwirtschaftlichen „Association Liberal Sociale Ordnung" (ALSO) verteilte, die sich auf Silvio Gesell und den NS-Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder beruft.



Ellen Kositza

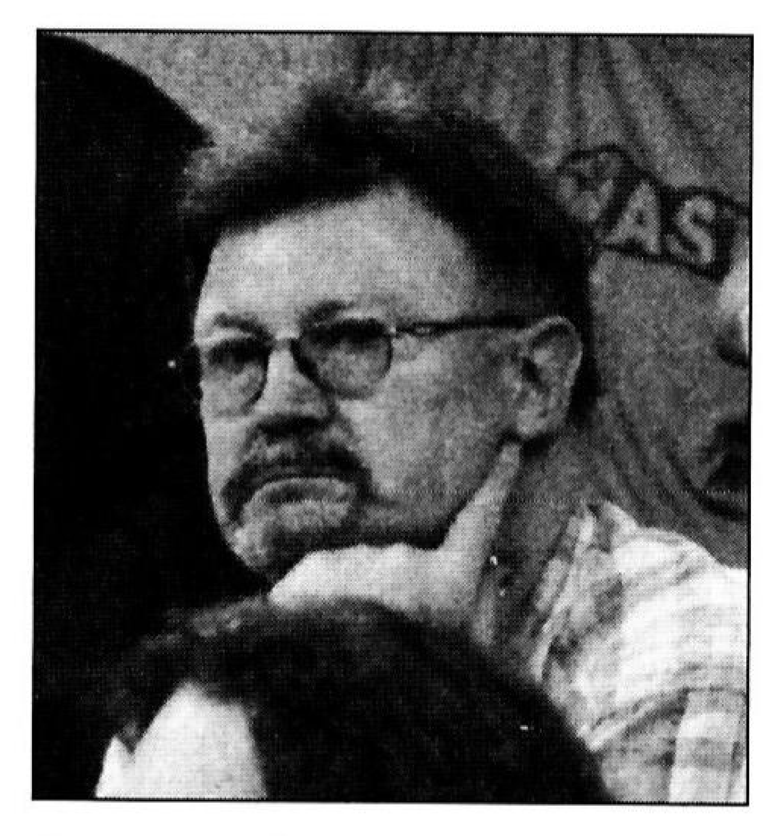
Als weiteren „Gast" brachten sie **Ernst Marliany** mit, Gymnasiallehrer, Oberstleutnant d.R. und Landesvorsitzende der DSU Rheinland-Pfalz mit diversen Kontakten: Der ehemalige REP-Funktionär war z.B. bei Treffen der mittlerweile verboteten DA in Mainz ebenso zugegen wie bei Treffen des israelischen Journalisten Yaron Svoray mit **Heinz Reisz** (siehe Svoray-Report). Außer bei Stiefelfaschisten ist Marliany auch im Spektrum rechter Sammlungsbewegungen aktiv. So zählte er z.B. als Landesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien" zu den Unterzeichnern des Kyffhäuser-Aufrufs 1996 (3.Oktober-Aufruf) oder, gemeinsam mit **Emil Schlee** (Aufbruch 94), **Hubert Dorn** (Bayernpartei) und **Johannes v. Camphausen** (Deutsche Partei), zu den Referenten des von **Lothar Lauck** geführten JF-Lesekreises „Staatspolitischen Clubs Rhein-Main", nach einer Presserklärung des RCDS Frankfurt „Schnittstelle zwischen National- bzw. Rechtskonservativen und Rechtsextremisten".

Auf der Teilnehmerliste des „Staatspolitischen Clubs" steht auch die 1973 geborene Mainzer Studentin **Ellen Felicitas Schenke** geborene Kositza, die als **Ellen Kositza** seit 1993 in der rechtsextremen Wochenpostille „Junge Freiheit" (JF) vertreten ist. Sie gehört zu den trivialen, aus dem JF-Umfeld stammenden rechten Polit-Pubertierenden von **Roland Bubiks** zum „Generationenmanifest" aufgeblasenen Buch: „Wir 89'er". Erschienen ist dieses Machwerk in der Reihe „Ullstein Report", die mit weiteren Autoren wie **Hans-Helmuth Knütter** („Die Faschismuskeule"), **Karlheinz Weißmann** („Rückruf in die Geschichte"), **Klaus Rainer Röhl** („Linke Lebenslügen"), **Rainer Zitelmann** oder **Heinrich Lummer** („Asyl - Ein mißbrauchtes Recht") auch als völkisch-nationalistischer Stichwortgeber fungiert.

Zu einer antifaschistischen Veranstaltung mit Alfred Schobert vom DISS über „Dark Wave und die Neue Rechte" erschien die JF-Autorin nach Sondierung der Lage mit **Joseph Klumb** alias **Jay Kay** und dessen Bruder, beide von der rechten Bingener Gothic-Band „Forthcoming Fire". Joseph Klumb ist (ehemaliger) Mitarbeiter von **Werner Symanek**, dem Herausgeber der neofaschistischen „Unabhängigen Nachrichten" (UN). Er propagiert eine faschistoide neurechte Ideologie mit deutlichen Anklängen an die antisemitischen „Protokolle der Weißen von Zion": „Ganz im Groben gesagt, sind die Illuminaten für mich all jene Kräfte, welche die ... [Welt und Menschheit] zu einer Sklavenrasse ... mutieren lassen. ... Es sind dies die Hochfinanz, es sind dies die Kräfte, welche hinter ihren Marionetten die Welt bewegen. ... Das Gesicht des kommenden Regimes drückt sich aus durch die UNO, NATO, Weltbank, Zionismus, durch einige unserer Volksvertreter, Hochfinanz und Wirtschaft." (aus einem Interview mit dem Magazin Gothic). Dazu paßt, daß er im selben Interview das mittlerweile verbotene Buch „Lexikon der Geheimgesellschaften" von **Jan Udo Holey** alias **Jan Van Helsing** als Beispiel der Aufklärung gegen diese „Verschwörung" empfiehlt. Dieses Interview belegt auch den Kontak Klumbs zu Holey: „Jay Kay war es auch, der für mich den Kontakt zu Jan van Helsing schuf". Dieses Buch war auch im Literaturangebot des VAWS (Verlag + Agentur Werner Symanek), ebenso wie Bücher von Knütter, Mechtersheimer, Haider oder des österreichischen Antisemiten Guido von List, einem Begründer der Ariosophie, der Irrlehre der Höherwertigkeit einer arischen Rasse.

Der deutlichen und mehrmaligen Aufforderung an Ellen Schenke und die Klumbs, die Veranstaltung zu verlassen, widersetzten sich diese zuletzt mit Tritten und Bissen. Der dabei entstehende Tumult wurde von ihnen genutzt, um die Polizei zu rufen. Schenke-Kositza nutzte dies darüberhinaus zu einem hetzerischen Halbseiten-Artikel in der JF und zu einer Beschwerde bei der Universitätsleitung. Die gesamte Aktion entspricht der von Schenke-Kositza in „Wir 89'er" beschriebenen Hoffnung auf „Befreite Zonen", dem neofaschistischen Konzept, zu dem auch das Verhindern antifaschistischer Veranstaltungen zählt. Die propagandistische Meisterleistung dieses Artikels war ein dramaturgisch gewähltes Bild eines „Rettungseinsatzes" mit zwei Rettungswagen und einem Polizisten, das weder von diesem Abend noch von der Universität Mainz stammt. Damit bleibt der Eindruck, daß die sich gern als seriöse „Zeitung" gebende JF bewußt die Wahrheit in ihrem Sinne manipuliert und daß es sich bei ihr letztlich um nichts anderes als um ein rechtsextremes Lügenblatt handelt.

Meist sind die Artikel von Schenke-Kositza das, was sie von Anbeginn waren: Filmkritiken. Die „Blutsvertriebene der späten Geburt", die laut „Wir 89'er" ihre jüngere Schwester Susanne schon mal als „pädagogische Maßnahme" zur Bewahrung der völkischen „Identität" zum Schweinestreicheln und Kartoffelernten nach Polen schleift, ist entweder ins rechte Netz eingebunden oder sucht dort Anschluß. Darauf deutet - neben dem „Staatspolitischen Club" - ihr Bericht vom Neonazitreffen in Diksmuide 1995, zu dem sie (erneut) ihre minderjährige Schwester mitnahm. Da der JF dies einen Kositza-Schenke-Artikel wert war, wissen wir, daß sie dort nach einer Polizeikontrolle wie andere Neofaschisten einige Zeit „hinter belgischen Gardinen" verbringen durfte. Zu einem weiteren halbseitigen „Bericht" in der JF mutierte ihre Sichtweise des Protests Mainzer Studierender („Linksradikale") gegen einen Lehrauftrag für die Direktorin des Bevölkerungsforschungsinstituts in Wiesbaden, **Charlotte Höhn**, aufgrund von deren rassistischen Äußerungen. Der Abdruck eines Flugblattes mit der Heartfield-Fotomontage: „Stimme aus dem Sumpf" geriet der JF zur „Menschenverachtenden Antifa-Propaganda".



Ernst Marliany

Schenke-Kositza, die sich in ihrer Schulzeit in einem katholischen Mädcheninternat noch mit Skin-Outfit samt Doc Martens mit weißen Schnürsenkeln produzierte, war dem Focus den zweifelhaften Versuch der Stilisierung zum rechten Sexsymbol („Schlesische Claudia Schiffer") wert. Da sie den Namen Schenke im Personalausweiß trägt und es deutliche Hinweise gibt, daß sie auch unter dem Namen Felicitas Schenke in der JF veröffentlicht(e) (JF 36/96), muß von ihrer Heirat ausgegangen werden. Damit steht zu befürchten, daß sie ihre Drohung aus „Wir 89'er" wahr macht: ihren „Glauben an mindestens vier eigene Kinder weitergeben" - dafür gab es ab 1938 das Mutterkreuz in Bronze...

Felix Hoffmann

Humanbiologisches Institut Hamburg

Montag, der fünfte Mai 1997: In einem feierlichen Akt gedenken zahlreiche HamburgerInnen auf dem Joseph-Carlebach-Platz der NS-Opfer des Nationalsozialismus. Auf dem Platz stand bis zu ihrer Zerstörung durch das NS-Regime Hamburgs größte Synagoge. Die Namen von 25.000 NS-Opfern aus der Hansestadt werden verlesen, die wegen der ihnen zugeschriebenen Rasse, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer sexuellen Orientierung umgebracht wurden.

Nur einen Steinwurf davon entfernt steht das Institut für Humanbiologie der Universität Hamburg. Auch hier spielen „Rassen" eine Rolle. Und nicht nur an diesem Tage. In dem Institut wird streng wissenschaftlich gelehrt. Rassenkunde zum Beispiel.

Alle zwei Jahre bietet der Dozent **Virendera Chopra** eine Vorlesung mit dem Titel „Rassenkunde des Menschen" an. Ein Pflichtseminar für Studierende der Anthropologie/Humanbiologie und künftige BiologielehrerInnen an berufsbildenden Schulen. Ziel der Vorlesung ist das Erkennen der „geographischen Variabilität beim Menschen". Da wird die Menschheit munter in „Negride", „Europide" und „Mongolide" eingeteilt, in „primitive" und „progressive Rassen", in „Verbrecher" und „Asoziale". Die passende Literatur zum Thema hat Virendra Chopra auf seiner Literaturliste selbstverständlich schon vermerkt: „Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit" von **Egon Freiherr von Eickstedt** aus dem Jahre 1934. Ein Buch mit Sätzen wie: „Nur bewußtes Befolgen der ewigen Gesetze von Rasse und Leben kann also die Gesundung der Völker bringen und die Gefahren bannen, die Europa und der Welt greifbar nahe drohen. Der Nation, die hier voran geht, gehört die Zukunft".

Chopras Rassenkunde-Vorlesung ist jedoch nur die Spitze eines Berges von wissenschaftlichem Müll, der an dem kleinen Insititut gelehrt und veröffentlicht wird. Den größten Beitrag dazu liefert dabei der Institutsleiter, Professor Dr. **Rainer Knußmann**. Der 60jährige ist eifriger Lehrbuchverfasser. In seinem jüngst in zweiter Auflage veröffentlichten Werk „Vergleichende Biologie des Menschen", von November 1996, weist er Frauen eine kindliche Intelligenz nach, bezeichnet Homosexualität als „deviantes", das heißt abweichendes Sexualverhalten und hat auch eine Erklärung für die Judenverfolgung parat. So findet sich darin folgender Absatz: „Da die Juden außerdem immer wieder Verfolgungen und gesetzlichen Benachteiligungen (wie zum Beispiel besonderen Heiratsbeschränkungen auch zwischen Juden) ausgesetzt waren, konnten sich unter ihnen nur solche Erblinien halten, die besonderes Durchsetzungsvermögen in unseren europäischen Gesellschaften gewährleisteten. Die Gesetzgeber haben nicht erkannt, daß sie damit ganz im Gegensatz zu ihren Interessen eine Selektion auf optimale Leistung bewirkten - gleichsam die Heranzüchtung einer jüdischen Elite. Hierin dürfte einer der Gründe zu sehen sein, daß Juden unter den führenden geistigen Berufen einen sehr viel höheren Prozentsatz einnehmen, als in der Gesamtbevölkerung. Die Überlegenheit der Juden mag leicht Neid erweckt und es immer wieder begünstigt haben, Haß gegen diese Bevölkerungsminorität zu schüren."

In der ersten Auflage desselben Lehrbuchs hatte Knußmann 1980 noch „nicht-seßhafte Bevölkerungsgruppen (Zigeuner, „Jenische") sowie sozial unangepaßte Einzelpersonen (Landstreicher, Trinker, Arbeitsscheue)" zu der Gruppe der Asozialen gezählt. Manche Autoren, so der Wissenschaftler weiter, rechneten noch Komödianten, Schausteller, Artisten, Psychopathen und die Prostituierten dazu, was „sicherlich nicht generell berechtigt ist."

Für solche Ausführungen erhält Rainer Knußmann Beifall von prominenter faschistischer Seite. Da freut sich **Jürgen Rieger**, Vorsitzender der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.", die jedem Mann „biologischen Verrat" vorwirft, der eine Partnerin „fremder Rasse" heiratet, oder „Kinder anderer Rasse adoptiert und in unseren Lebensbereich bringt", in der hauseigenen Zeitschrift „Neue Anthropologie": „Insgesamt gesehen ein Buch, das die wesentlichen Erkenntnisse und Forschungsrichtungen gut abhandelt. Es wendet sich besonders an den Biologielehrer und Biologiestudenten, ist darüber hinaus aber auch für alle, die sich durch ihr Interesse an biologischen Fragen Vorkenntnisse erworben haben, geeignet."

Für solches Lob zeigt sich Knußmann erkenntlich: Die „Neue Anthropologie" liegt in der Bibliothek des Instituts zur Ansicht aus. Doch nicht nur das. In einem anderen Knußmann-Buch mit dem Titel „Anthropologie" führt der Professor die Gesellschaft unter den „Organisationen mit anthropologischer Relevanz" und zehn Seiten weiter die dazu gehörige Zeitschrift auf. In beiden Fällen verhält sich Rainer Knußmann auf die für ihn typische Weise: Vorsichtig distanziert er sich in seinem Buch von Riegers Gesellschaft, die seiner Ansicht nach und „der großen Mehrheit der deutschen Anthropologen rassistische Tendenzen" besitzt. Genauso zart begegnet er Vorwürfen über die Auslage der „Neuen Anthropologie" in der Bibliothek. Ein Schild an der Tür weist darauf hin, daß sich die Institutsleitung keinesfalls mit den Inhalten aller ausliegenden Werke identifiziere. Dennoch, so wird Knußmann in einem Artikel im Neuen Deutschland zitiert, „sollten nicht nach dem Vorbild des Dritten Reiches Bücher verbrannt werden. Die Studenten sollen sich auch über solche Zeitschriften informieren können."

Der Professor, der inzwischen vor seiner Pensionierung steht, vertritt die Ansicht, Rassen ließen sich nach „Anpassungen an unterschiedliche geographische Räume mit unterschiedlichem Klima und unterschiedlichen jahrtausendelangen Krankheitsbelastungen" unterscheiden. Rassisten sind seiner Meinung nach Leute, „die unter Rassen verschieden hoch evaluierte Gruppen verstehen."

Neben Chopra und Knußmann hat auch **Kerrin Christiansen** am Institut für Humanbiologie von sich Reden gemacht. Gemeinsam mit Rainer Knußmann und anderen führte sie 1984/85 eine Untersuchung durch, um Unterschieden zwischen homosexuellen und heterosexuellen Männern nachzuforschen. Ausgewertet wurden Daten über Hormone, Hüftbreite, Brustbehaarung oder Brustwarzenabstand. Erst als nach massiven Protesten das Institut von Schwulengruppen besetzt wurde, erklärten sich Christiansen und Knußmann dazu bereit, das gesammelte Datenmaterial der homo- und heterosexuellen Männer nicht getrennt voneinander auszuwerten.

Regelmäßig haben die Institutsmitglieder Reisen in ferne Länder unternommen, um Volksgruppen nach bestimmten Merkmalen zu untersuchen. So stellte Kerrin Christiansen Ende der 80er Jahre für die Gruppe der San in Namibia fest, ihre „pädomorphe" Körperform sei auf einen niedrigen Testosteronspiegel zurückzuführen. Knußmann freute sich Ende der 60er Jahre über die ausgesprochene Deutschfreundlichkeit" der Dama. Und wenn der Forscher einmal Probleme mit ihnen hatte, „genügte die Verteilung von Bonbons, um sie wieder für etwa eine Stunde bei guter Laune zu erhalten."

Bei Knußmann, so schreiben die beiden SoziologInnen Irmgard Pinn und Michael Nebelung in einer Broschüre „Vom klassischen zum aktuellen Rassismus in Deutschland", mischen sich „Rassenhygienische und kolonialrassistische Geistestraditionen."

Eine Einschätzung, die in stärkerem Maße auch für die Lehrerin Rainer Knußmanns gilt: **Ilse Schwidetzky**. Nach ihrer Meinung gilt, „daß die Progressiven die wirtschaftlichen Vorzugsgebiete innehaben, die intensivere Nutzung und dichtere Bevölkerung gestatten, während die Primitiven in weniger ergiebigen, d.h. auch weniger begehrenswerten Räumen leben." Ein Ergebnis der Machtkämpfe zwischen Primitiven und Progressiven, den die Progressiven Weißen gegen die Primitiven Urvölker für sich entscheiden konnten. Diesen Kolonialismus findet die Forscherin allerdings nicht verwerflich. So fragt sie in ihrem 1950 erschienenen Buch „Grundzüge der Völkerbiologie": Möchte, wer „blutigen und gemeinen Kampf gegen unterlegene Völker ablehnt, (...) auch die Neuverteilung des Raumes ungeschehen machen?"

Ilse Schwidetzky und Rainer Knußmann stehen in Tradition der „Breslauer Schule". Sie wurde in den 30er Jahren von Egon Freiherr von Eickstedt gegründet. Seine Schülerin damals: Ilse Schwidetzky.

Von Eickstedt gab in der Nazi-Zeit die „Zeitschrift für Rassenkunde" heraus und führte ein Projekt zur Erforschung des Rassenaufbaus in Schlesien durch. Mit Hilfe dieser Untersuchung sollte der nordische Charakter Schlesiens nachgewiesen werden. Dazu wurden EinwohnerInnen vermessen und rassisch eingeordnet.

Schwidetzky, bei der Knußmann 1960 promovierte, wurde nach dem Krieg Professorin an der Universität Mainz, gründete 1950 die Zeitschrift „HOMO" und ist inzwischen emiretiert.

Mit ihrem Festhalten am Begriff Rasse stehen Knußmann und Co. auch innerhalb ihrer Zunft umstritten dar. So hatte Carsten Niemitz auf der Versammlung der „Gesellschaft für Anthropologie" im Oktober 1996 einen Antrag eingebracht, in dem empfohlen wird, „auf den Gebrauch des Begriffes der Rasse als wissenschaftlichen Terminus zu verzichten." Der Antrag wurde jedoch nicht angenommen.

Ulrich Kattmann, Professor der Humanbiologie in Oldenburg, nimmt ebenfalls Abstand von Knußmanns Einordnungen. Wer heute noch mit dem Begriff Rasse arbeite, so Kattmann in einem Beitrag für das Nachrichtenmagazin MONITOR in der ARD, sei „nicht auf dem Stand der Wissenschaft."

Auf einer wissenschaftlichen Arbeitstagung der Unesco mit dem Titel „Gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung" im Juni 1995 unter der Leitung des Anthropologen Prof. Dr. Horst Seidler wurde der Rassenbegriff ebenfalls diskutiert. In einer Erklärung der TeilnehmerInnen heißt es dazu: „Rassen sind nicht als solche existent, sie werden durch die angewandte Sichtweise konstituiert. Im Gegensatz zur biologischen Art sind Unterarten oder Rassen keine biotisch vorgegebenen Einheiten, sondern bestenfalls wissenschaftliche Konstrukte (...) der Abschied vom anthropologischen Rassebegriff ist jedoch Teil eines wissenschaftsethisch notwendigen Konzeptwandels."

In Hamburg wird inzwischen auf breiter öffentlicher Basis über das Institut für Humanbiologie diskutiert. Seitdem die „Arbeitsgemeinschaft gegen Rassenkunde" als Teil der Hochschul-Antifa erstmals im Februar 1996 mit einer Kundgebung vor dem Institut auf die dort verbreiteten Inhalte aufmerksam gemacht hatte, haben zahlreiche Medien darüber berichtet. Im November 1996 taufte die AG mit dem Anbringen eines neuen Namensschild das Institut in „Institut für Rassenkunde, Soziobiologie und Eugenik" um. Die Folge waren nicht nur ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung und ein Beitrag für das Fernsehmagazin Monitor, sondern auch endlich eine hochschulpolitische Debatte. Hatte die Universitätsleitung die Aktionen der AG bisher mit Ignoranz gestraft und nicht ernst genommen, mußte sie jetzt reagieren. So verkündete Wissenschaftssenator Leonhard Hajen, einiges was dort am Institut passiert, nenne er Rassismus. Inzwischen versucht die Universitätsleitung allerdings, die Debatte unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen. So wurde zwar im Januar ein Ausschuß unter Leitung des Universitätspräsidenten **Lüthje** eingesetzt, der sich mit den am Institut gelehrten Inhalten auseinandersetzen soll, doch an direkten Folgen ist bisher nichts zu erkennen. Lediglich die Umbennenung der Vorlesung „Rassenkunde des Menschen" in „Geographische Variabilität des Menschen" wurde von Virendra Chopra angekündigt. Ob sich auch Grundlegendes an den Inhalten ändert, darf bezweifelt werden.

Dagegen setzt die Medizin-Soziologin Heidrun Kaupen-Haas auf eine öffentliche Debatte an der Universität. Seit Beginn des Semesters leitet sie eine Ringvorlesung mit dem Titel „Humanbiologie im Blick der Sozial- und Kulturwissenschaften."

Die AG gegen Rassenkunde fordert weiterhin die Schließung des Instituts in seiner bestehenden Form und die Gründung eines „interdisziplinären Arbeitskreises kritische Biologie", in dem biologische Forschung aus den verschiedensten Blickwinkeln reflektiert und die mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Folgen diskutiert werden können.

Tina Sanders

Braune Alpträume

In den vergangenen Jahren sind immer wieder Romane und Krimis auf dem Buchmarkt erschienen, in denen eine faschistische Gesellschaft nach dem Endsieg entworfen wird, die als Handlungsrahmen dient.

Erinnert sei an Robert Harris' „Vaterland" (erschienen 1992), das zwar in einer solchen Gesellschaft spielt, diese aber nicht weiter beleuchtet, sondern die Krimihandlung in den Vordergrund stellt. Anders bei Katharine Burdekin.

In ihrem, erstmals 1937 in England erschienenen, Roman „Swastika Night" (Nacht der braunen Schatten) wird fiktiv das von den Rädelsführern des deutschen Faschismus so oft propagierte „Tausendjährige Reich" beschrieben, das sich nunmehr um die halbe Welt erstreckt. Der „kollektive Hitlerwahn" ist zur Religion aufgestiegen und damit die gesamte faschistische Ideologie.

Die Handlung erinnert im Groben stark an George Orwells „1984": Das neue Reich erscheint als düsteres Mittelalter und wird von einer Schar SS-Rittern verwaltet. Auf einer Reise ins „gelobte Land Deuschland" bekommt der Engländer Alfred durch den Ritter Hess, der in ihm einen Widerstäntled erkennt, ein Buch überreicht, in dem das Wissen von einer anderen - einer vorherigen Zeit - überliefert ist. Hess entschließt sich zu diesem Schritt da er selbst die Trostlosigkeit des neuen Reiches sieht und keine eigenen Söhne hat, die das Wissen weiter behüten könnten. Eine Photographie in dem Buch dient als Hauptbeweis für die Existenz der andersartigen, unvorstellbaren, vergessenen Vergangenheit. Nachdem Alfred es nach England schmuggelte, versteckt er es bei einer Christengemeinde, die zwar unterdrückt, aber als einzige in relativer Unabhängigkeit leben.

Die Nähe zu Orwell könnte durch den gemeinsamen Verleger erklärt werden. „1984" erschien allerdings erst 12 Jahre nach „Swastika Night". Bereits 1937 durchschaute die Engländerin Burdekin die Ideologie des deutschen Faschismus und versuchte, mit dem Roman vor einer faschistischen Gewaltherrschaft zu warnen. Sie hat dabei das, was die antifaschistische Literatur gewöhnlich ausklammert, in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung gestellt: den ursächlichen Zusammenhang zwischen Faschismus und Frauenunterdrükkung.

Im beschriebenen „Tausendjährigen Reich" sind Frauen nach 700 Jahren faschistischer Herrschaft nur noch Geburtsmaschinen für die Männer. In Ghettos, wo sie in Säcken als Kleidung und mit abgeschorenen Haaren leben müssen, da sie ansonsten durch ihre Schönheit Macht über die Männer ausübten, stehen sie den Männern zur Verfügung. Wenn diese Sex oder Nachkommen haben wollen, suchen sie sich eine Frau aus. Während männliche Babies fast direkt nach der Geburt den Müttern entrissen werden und in der Männergesellschaft aufwachsen, blieben weibliche im Ghetto, um den Männern wieder zu dienen. Die Frauen sind dadurch auf die Ebene eines Wurmes reduziert.

Daphne Patai (Professorin für Frauenforschung und Literatur) formulierte in einer Studie über Burdekins Werk: „Burdekin greift 'maskuline' und 'feminine' Verhaltensweisen satirisch an, wobei sie die Behauptung aufstellt, daß Faschismus sich nicht qualitativ, sondern nur quantitativ von der alltäglichen Realität männlicher Vorherrschaft unterscheidet - eine Realität, die Männer und Frauen mittels Geschlechterrollen polarisiert. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist die Naziideologie der Gipfel dessen, was Burdekin 'Männerkult' nennt".

Erst 58 Jahre nach dem ersten Erscheinen liegt das Buch in deutscher Übersetzung vor. Lag es am Thema, oder an der Tatsache, daß die Autorin eine Frau ist? Viel Spaß beim Lesen und Freuen darüber, daß die Alliierten uns 1945 befreit haben.

Katharine Burdekin: Nacht der braunen Schatten, Unrast, 1995, DM 29,80

Antifa contra JF

Antifaschistische Bemühungen, die rechtsradikale Wochenzeitung „Junge Freiheit" (Berlin) anzugreifen, haben offensichtlich Erfolg gezeigt.

In der Ausgabe vom 29.August widmet sich die JF gleich in mehreren Beiträgen den gegen sie gerichteten Kampagnen.

Thorsten Thaler, verantwortlicher Redakteur des Ressort „Politik" beklagt, „daß konservative, rechte Zeitungen, Zeitschriften und Verlage gleich von zwei Seiten im Würgegriff gehalten" würden, nämlich durch „staatlich verordnete Eingriffe" und durch „kriminelle Gewalttäter", die ihnen „an die sprichwörtliche Wäsche wollen" würden.

JF-Chefredakteur **Dieter Stein** „schäme" sich nicht, schon wieder an seine „lieben Leser" und „lieben Freunde" zu appellieren, die JF finanziell zu unterstützen. Er behauptet, daß nur durch die Unterstützung durch die JF-Anhänger das Erscheinen der JF „über den 30.November hinaus [...] sicher" gewährleistet werden könne.

Dieter Stein schreibt weiter, daß „das öffentliche Erscheinen einer bedeutenden Zeitung [...] existenziell mit der offenen Präsenz am Kiosk" zusammenhänge und daß „eine Zeitung, die der Normalbürger nicht über den Kiosk zu Gesicht bekommt, [...] nicht diskutabel" sei.

Andreas Speit

„1936 die Propaganda - 1997 das Geschäft"

- Riefenstahl-Verkaufsausstellung in Hamburg -

„Leni Riefenstahl ist eine tolle Künstlerin" antwortet Andreas Schlüter auf die Frage, warum er in seiner Hamburger Galerie Fotographien der im Dritten Reich populär gewordenen Filmemacherin und Fotographin präsentiert. Mehr als 50 Fotographien offeriert der Galerist dem interessierten Publikum vom 16. August bis 14. September 1997 zum Verkauf. „Erstmalig", wie Schlüter nicht ohne Stolz versichert. Doch aus Sorge vor Protesten kam die „tolle Künstlerin", in der Adolf Hitler die „vollkommene deutsche Frau" verkörpert sah, nicht zur Vernissage, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt im Hamburger Hotel Atlantic residierte.

Schon in der frühen dreißiger Jahren hatte Hitler die junge Filmregisseurin aus Berlin-Wedding kennengelernt, deren Filme, u.a. „Das blaue Licht" (1932), er bewunderte. In ihrem frühen Werk kommt bereits als eines ihrer zentralen Motive das Gefühl der Sehnsucht nach einer mythischen Vergangenheit ebenso zum Ausdruck, wie die Traurigkeit über die „entzauberte Welt". Nach eigenem Bekunden erkor sie der Führer, den sie ohne Parteibuch liebte und von dessen Faszination sie heute noch schwärmt, persönlich für die filmische Darstellung seiner Person und der NSDAP-Parteitage aus. Zunächst drehte sie 1933 den Film vom Reichsparteitag „Sieg des Glaubens", und im folgendem Jahr den Film „Triumph des Willens". **Riefenstahl** versichert, daß es ihr beim „Triumph des Willens" nicht um eine bloße Dokumentation ging, sondern um den „Sinn des Tages", den „heroischen Stil" und „inneren Rhythmus". War der Reichsparteitag die bei weitestem spektakulärste nazistische Selbstdarstellung, dann war „Triumph des Willens" die gelungene Inszenierung dieser Inszenierung. Indem sie Hunderttausende als Statisten agieren und nur einen Hauptdarsteller auftreten läßt, idealisierte sie das Aufgehen des Einzelnen in der Masse und mystifizierte den „magischen Führer". Die Massen werden zum Ornament für den Führer als „leuchtender Kristall" Nach Riefenstahls Ästhetisierung Hitlers brauchte kein Film mehr über den Führer gedreht zu werden. Und es wurde auch keiner mehr gemacht.

Stattdessen durfte sie mit ihrer Kunst Volk und Führer anders dienen. 1936 drehte sie ihre halbdokumentarischen Filme „Fest der Schönheit" und „Fest der Völker" über die Olympischen Spiele (1936) in Berlin. Mit Hilfe von damals besonderen Aufnahmetechniken - u.a. bewegliche Kameraführung und Schnitttechniken - instrumentaliserte sie das Spektakel zur Glorifizierung des Nationalsozialismus. Nicht nur, daß sie in den Auftragsarbeiten den „gestählten Körper mit gesundem Geist" fetischisiert, sie idealisiert erneut die „arische Rasse" und Volksgemeinschaft als organisches Ganzes. Getreu dem nationalsozialistischen Menschbild blendet sie den mehrfachen Goldmedaillengewinner Jesse Owen auf Grund seiner Hautfarbe aus, da er nicht in die Inszenierung der „gutgebauten Männerkörper" paßte. Riefenstahl, die sich erklärtermaßen nur für das „schöne, starke und gesunde" interessiert, wollte auch nicht die konkrete Realtität abbilden, sondern die „grandiose Verbindung" von griechischer Antike und deutscher Gegenwart und Zukunft darstellen. Trotzdem beteuert sie im Spiegel-



Leni Riefenstahl, Andreas Schlüter: Die Künstlerin und der Galerist

Ausstellung: Fotos von Leni Riefenstahl in Hamburg

Der Mut zur Gerechtigkeit

Der junge Hamburger Galerist Andreas Schlüter wagt zur Zeit das vermeintlich Unmögliche und präsentiert, als lautes Protestgeheul hätte erwarten können. Doch Stille herrschte. Jedenfalls fast. Und was sich dennoch versuch

Als „genialische Frau" von der „Jungen Freiheit" abgefeiert. Faksimilé aus JF36/97

Gespräch, daß die Olympia-Filme für sie „rein(e) Dokumentationfilm(e)" und „keine Propaganda" seien (18.08.1997). Das die „künstlerische Verzerrung" der Realität in diesem Kontext zur Propaganda wird, möchte Riefenstahl nicht wahr haben.

Bis dato interessiert Riefenstahl die Realität nicht. Sowohl in der Auswahl und Darstellung ihrer Motive, als auch in ihrer Interpretation und Komposition, transportiert sie Segmente der „rechten Mythen": Glaube und Gehorsam, körperliche Schönheit und Gewalt, Kampf und Tod, Licht und Feuer. Das Abbilden von starren geometrischen Menschenmassen sowie das Erfassen des Momentes der totalen körperlichen Anspannung in der sportlichen Aktion und rituellen Trance sind u.a. die künstlerischen Formen, mit denen sie die Heroisierung und Mystifizierung ihrer Objekte schafft.

In den Räumen der Galerie werden Fotographien aus drei Schaffensperioden präsentiert. Die erste Werkgruppe aus den 30er Jahren umfaßt Fotographien von Athleten im Stil der Olympiafilme, die „Schönheit, Kraft und Grazie" vereinen sollen. Die Nuba-Fotographien aus den 70er Jahren bilden die zweite Periode und zeigen rituelle Handlungen, Kampfszenen und die Körperkulte der Nuba aus dem Sudan. Ihre Unterwasseraufnahmen aus den 80er Jahren bilden die dritte Werkgruppe, in der sie die reine und unberührte Natur einfangen möchte.

Der Galerist **Andreas Schlüter** will allerdings Form und Inhalt getrennt betrachtet wissen als auch die Vita der Künstlerin und ihr Oevre. Wie viele CineastInnen, die Riefenstahls Filme wegen ihrer Kameraführung und Montagetechnik bewundern, beschränkt sich auch Schlüter auf die Faszination der formalen Aspekte ihres Werkes. Es gelte deshalb „die Einmaligkeit der künstlerischen Mittel" zu bewundern. Dank dieser „neutralen Präsentation", so Schlüter, wäre die Ausstellung auch kein „rechter Wallfahrtsort". Die „Neutralität" stört die Redaktion der sog. „neurechten" Jungen Freiheit nicht. Seit der Vernissage führt die „Junge Freiheit" die Öffnungszeiten der Ausstellung in ihren ausgewählten Veranstaltungshinweisen auf.

Zusammen mit Arno Breker gilt die „tolle Künstlerin", die mittlerweile 95 Jahre zählt, innerhalb der rechten Szene als Avantgardistin der „artgerechten Kunst". Form und Inhalt ihrer Ästhetik symbolisieren für die rechte Bewundererschar ungebrochen die Stilisierung ihrer Politik. Für sie charakterisiert Riefenstahls ästhetischer Heroismus und Martialismus, insinuiert mit dem Moment des Transzendentalen, ihr kulturell-politisches Motiv. Gefällt den einen bei Riefenstahls Filmen insbesondere die Inszenierung des Nationalsozialismus an der Macht, so gefällt den anderen bei ihren Fotographien im allgemeinen die Ästhetisierung des Faschismus als Idee.

Jenen „schönen Schein" thematisieren kontinuierlich diejenigen Autoren der rechten Publikationen, die sich einen intellektuellen und kulturellen Nimbus geben wollen, wie Criticòn, Junge Freiheit und Sigill. Symbolhaft steht in diesem kultur-politisch rechten Spektrum Riefenstahls Ästhetik dem „sinnleeren kulturellen Zeitgeist" gegenüber. Ihre Sehnsucht nach der verzauberten Welt ist die identische Gefühlslage der sich „neurechts" Engagierenden, die die Verzauberung der Welt mit ihren „rechten Mythen" betreiben. In diesem Kontext symbolisiert Riefenstahls Ästhetik die immante Kritik der Rechten an der Moderne, artikuliert in ihrer Kultur- und Zivilisationskritik. Sie transportiert in ihren Werken die alten rechten dualistischen Motive: Kultur versus Natur, Ratio versus Intuition und Mythos versus Logos.

Thorsten Hinz greift dies lobend in seinen Junge-Freiheit-Beitrag auf: „Leni Riefenstahl wollte mit ihren Bildern nicht nur den Triumph

des Glaubens über den Zweifel, den Masseninstinkt über Intelektuelle und Individualismus, die Überwindung der Kluft zwischen Mensch und Natur antizipieren. Sie hat die Utopie des nichtentfremdeten Neuen Menschen, der im organischen Zusammenhang mit Natur und Gesellschaft steht, als Glückszustand einer totalitären Diktatur affirmiert (...) So entsteht der 'Schein' der 'Schönheit'". (JF, 22 August 1997)

Der „schöne Schein" des Antimodernismus, mal direkt, mal indirekt im Rekurs auf Riefenstahl, thematisieren die rechten Bewunderer auch in ihren Brain-Trust-Zentren u.a. im Thule-Seminar als auch in der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung. Auch hier thematisieren sie die tiefe und sinnlastige Ästhetik Riefenstahls als Form und Inhalt ihres „Kulturkampfes" versus der Entwurzelung und Sinnlehre des modernen Lebens.

Für die Verbreitung der Riefenstahl'schen Ästhetik sorgen seit Jahren der rechtsextrem orientierte Arndt-Verlag aus Kiel und der in der gleichen Intention publizierende Nation Europa Verlag aus Coburg. Riefenstahls Parteitagsund Olympiafilme sind Klassiker der rechten Verlagsprogramme. Keine Filme, dafür aber die Memoiren und etliche Bildbände der Filmemacherin und Fotographin führt die Verlagsgruppe Ullstein-Langen-Müller des rechten Verlegers **Herbert Fleissner**.

1996 produzierte der altrechte **Werner Symanek** eine Doppel-CD zu Ehren Leni Riefenstahls, auf der alle vetreten sind, die in der rechten Gothic-Szene Rang und Namen besitzen: Von Forthcomming Fire, Strength through Joy, über Death in June bis zu Allerseelen. Der Vertrieb der vertonten Umsetzung von Riefenstahls bildhafter faschistischer Ästhetik läuft über Symaneks eigene Verlagsgesellschaft „Verlag + Agentur Werner Symanek" (VAWS) in Bingen. Sie alle fasziniert Riefenstahls heroische Ästhetisierung von Leben und Tod.

Ihre persönliche Verbundenheit mit ihren rechten Bewunderern offenbarte die alte Dame 1994. Im Gespräch mit der „Jungen Freiheit" (Februar 1994) plaudert sie über Erfolge und Enttäuschungen ihres Lebens, ohne einen Moment der Selbstkritik. „Ich stehe dazu", versicherte sie, und „Menschen, die diese Zeit damals nicht miterlebt haben, können das auch garnicht beurteilen". Außerdem habe sie „Dokumentarfilme ohne Kommentare" produziert und „keine Propaganda". „Daß er (der „Triumph des Willens", A.S.) heute so und nicht anders betrachtet wird, geht darauf zurück", so Riefenstahl, „daß er gut gemacht ist. Aber es fällt mir schwer schlechte Filme zu machen".

Den historischen Kontext Riefenstahls und ihre aktuellen Kontakte will Andreas Schlüter nicht thematisieren. „Die Spannung würde verschwinden" und es sei „langweilig, die Eröffnung mit einer Entschuldigung zu beginnen". Die auftretenden Spannungen, ausgelöst durch ein Transparent an der Fassade des Altbaus mit der Aufschrift: „Hitlers Fotografin immer noch aktiv - 1936 die Propaganda - 1997 das Geschäft" stören ihn indes. Ebenso das Auftreten des Auschwitz-Komitees bei der Vernissage, das die Schließung der Ausstellung forderte.

Ein Abzug eines „Riefenstahl" kann für 3.500 DM erstanden werden. Wieviele Bestellungen von Fotographie der „tollen Künstlerin" vorliegen, verriet der Galerist nicht.

Revanchistische Patenschaften kündigen

Die Kreisvereinigung Stade der VVN-BdA hat ihre mehr als zwei Jahre andauernde Arbeit gegen die „Kreisgemeinschaft Goldap" durch die Herausgabe der Broschüre „Revanchistische Patenschaften kündigen" nun erstmals zusammengefaßt.

Die „Kreisgemeinschaft Goldap" ist eine von 40 sog. „Heimatkreisgemeinschaften" der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO), die den Kreisen im ehemaligen „Ostpreußen" analog gegliedert sein sollen. Diese „Heimatkreisgemeinschaften" verfügen über Patenschaften mit bundesdeutschen Städten und Kreisen - im Falle der „KG Goldap" sowohl mit der Stadt als auch mit dem Kreis Stade (für „Stadt Goldap" und für „Kreis Goldap"). Unterstrichen werden muß dabei, daß die bundesdeutschen Städte und Kreise hierbei nicht den international üblichen Weg der direkten Patenschaften wählen, sondern daß sie die revanchistischen Ostlandritter als rechtmäßige Repräsentanten anerkennen und mit ihnen die Patenschaftsverträge schließen.

In der Broschüre wird nicht nur die „KG Goldap" thematisiert, sondern auch ihr Umfeld. So werden LO, „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" und das „Ostpreußenblatt" ebenso einer genaueren Betrachtung unterzogen, wie die politischen und ökonomischen Interessen der Deutschen in der Region Kaliningrad und der militante Revanchismus mitsamt neofaschistischer Aktivitäten im selben Gebiet. Auch die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen", das erste und auch heute noch wichtigste Dokument des „Bundes der Vertriebenen" wird betrachtet.

Die Broschüre bietet einen guten Einblick in die Funktionsweise der „Vertriebenenverbände" und zeigt Möglichkeiten auf, politisch gegen diese aktiv zu werden. Wer noch ein Exemplar der fast vergriffenen Erstauflage, die auch Verantwortlichen in Polen und Vertretern europäischer Botschaften zur Verfügung gestellt wurde, bekommen möchte, sollte sich beeilen. Es lohnt sich.

VVN-BdA Kreisvereinigung Stade, Revanchistische Patenschaften kündigen - Die Kreisgemeinschaft Goldap, die Landsmannschaft Ostpreußen und der deutsche Revanchismus, Mit Beiträgen von Raimund Hethey, Ulla Jelpke, Holger Kuhr und Alexandra Stolze, Stade 1997, 56 Seiten, 6,- DM.

Bezug: VVN-BdA KV Stade, Postfach 2105, 21661 Stade.

Deutscher Imperialismus

„Germanisierung bedeutet Krieg" heißt es im Vorwort der Broschüre „... und morgen die ganze Welt ? - Der deutsche Imperialismus vom Kaiserreich bis heute". Sie versucht eine Einführung zum Thema Imperialismus und den Besonderheiten des deutschen Imperialismus zu geben. Dabei werden die Entwicklungen, die zum Ersten Weltkrieg geführt haben, ebenso untersucht, wie die Weimarer Republik, der Nationalsozialismus und die Ostpolitik der BRD. Ebenso vielversprechend, wie sich das Thema der Broschüre anläßt, scheitert es in seiner Untersuchung an zu knappen Darstellungen und teilweisen theoretischen Verkürzungen. Zur Betrachtung des deutschen Sonderweges hätte es einer eingehenderen Betrachtung des Charakters der „Volksgemeinschaft", nicht nur der ökonomischen Komponenten, bedurft. Auch das fast völlige Ausblenden des Antisemitismus ist ein unendschuldbares Manko der Broschüre.

Mit kritischem Vorbehalt gelesen, kann die Schrift aber zu weiterer Lektüre zum Thema anregen. Jedoch sollte man sich dabei nicht nur auf die Literaturempfehlungen am Ende des Heftes verlassen.

... und morgen die ganze Welt ? - Der deutsche Imperialismus vom Kaiserreich bis heute. Mit einem Vorwort von Jürgen Elsässer, 64 Seiten, Göttingen 1997, 7,- DM zzgl. Porto

Bezug: Hans-Beimler-Gesellschaft, Antifaschismus & Ökonomie, Postfach 11 03 01, 37048 Göttingen.

ARNie

ARNie nennt sich ein Rundbrief, der vom „Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar" herausgegeben wird. Kürzlich ist die erste Ausgabe erschienen. Allerdings ist ARNie keine weitere Antifazeitung sondern eher eine Flugblattsammlung aus der Region. Dazu kommen noch nach regionalen Gesichtspunkten ausgewählte Presseartikel sowie aktuelle Termine, Adressen etc.

ARNie soll monatlich erscheinen und kostet 3 DM. Für den selben Preis bekommt man auch ein Probeheft bei: ARNie, Postfach 1232, 69236 Neckarsteinach.

Wittlich

„Rechtsextremismus in Wittlich und Umgebung" ist der Titel einer 12-seitigen Broschüre. Inhaltlich möchten die HerausgeberInnen wohl eher die engagierte Öffentlichkeit vor Ort ansprechen. So wird u.a. ein kurzer Überblick der in Wittlich aktiven Nazi-Organisationen gegeben. Gut informierte AntifaschistInnen finden wenig neues in dem Heft. Der Preis fehlt zwar, aber wer 3 DM an J. Benicke, Merzhauserstr. 8 in 79100 Freiburg sendet, sollte die Broschüre bekommen.